

Stefan Krankenhagen & Leonie Lorena Wyss

Wie wir im Gespräch bleiben können

Ein Briefwechsel über
Antidiskriminierungsarbeit
und den Umgang mit Konflikten
an der Universität

Stefan Krankenhagen & Leonie Lorena Wyss

Wie wir im Gespräch bleiben können

Stefan Krankenhagen, Jahrgang 1969, ist Professor für Kulturwissenschaft und Populäre Kultur an der Stiftung Universität Hildesheim. Zum Zeitpunkt des Briefwechsels war er Dekan des Fachbereichs 2.

Leonie Lorena Wyss, Jahrgang 1997, studierte zum Zeitpunkt des Briefwechsels Kulturwissenschaften und ästhetische Praxis in Hildesheim. Derzeit Studium der Sprachkunst an der Universität für angewandte Kunst in Wien.

Stefan Krankenhagen & Leonie Lorena Wyss

Wie wir im Gespräch bleiben können

Ein Briefwechsel über
Antidiskriminierungsarbeit
und den Umgang mit Konflikten
an der Universität

UV Universitätsverlag
Hildesheim

2020

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Dokument steht im Internet kostenfrei als elektronische Publikation (Open Access) zur Verfügung unter: <https://dx.doi.org/10.18442/158>

Dieses Werk ist mit der Creative-Commons-Nutzungslizenz „Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung 4.0 International“ versehen. Weitere Informationen finden sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de>

ISO 9706

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

Satz, Layout und Umschlaggestaltung: Jan Jäger

Herstellung: rauer digital – druck und medien,

Markstraße 2-3, 31167 Bockenem

Printed in Germany

© Universitätsverlag Hildesheim, Hildesheim 2020

www.uni-hildesheim.de/bibliothek/universitaetsverlag/

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-96424-034-7

Inhaltsverzeichnis

Wir möchten ins Gespräch kommen	7
30. März 2020 <i>Leonie Lorena Wyss</i>	13
09. April 2020 <i>Stefan Krankenhagen</i>	21
16. April 2020 <i>Leonie Lorena Wyss</i>	27
01. Mai 2020 <i>Stefan Krankenhagen</i>	43
18. Mai 2020 <i>Leonie Lorena Wyss</i>	53
02. Juni 2020 <i>Stefan Krankenhagen</i>	71
16. Juni 2020 <i>Leonie Lorena Wyss</i>	87
14. Juli 2020 <i>Katrin Wille</i>	101
Fachbereichsbarometer (Mittwoch, 20. November 2019)	III

Wir möchten ins Gespräch kommen

Das war das Bedürfnis nach einer Reihe von Momenten, die eine Differenz zwischen Studierenden und Lehrenden kenntlich gemacht haben, die an manchen Stellen vielleicht sogar als unüberbrückbar erlebt wurden. Diese Momente sind im konkreten Fall zu benennen, sie stehen aber für mehr als für die kulturwissenschaftlichen Fächer an der Universität Hildesheim. Denn die geistes- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen befinden sich momentan in einem grundlegenden Reflexions- und Revisionsprozess. Es stellt sich ihnen die Aufgabe einer Dekolonialisierung des Wissens und damit eine kritische Befragung der eigenen Bedingungen ihrer Wissensproduktionen als vielfältig sichtbare (und unsichtbare) Machtstrukturen. Die kulturwissenschaftlichen Fächer an der hiesigen Domäne Marienburg sind unweigerlich in diesen Reflexions- und Revisionsprozess verwoben: Indem sie das koloniale Wissen der Disziplinen an vielen Stellen als die Grundlage ihrer forschenden und lehrenden Arbeit kennen, nutzen, teilweise auch schätzen und indem sie sich gleichzeitig in Forschungszusammenhängen wie auch individuell mit der Dekolonialisierung des (eigenen) Wissens auseinandersetzen. Angestoßen und eingefordert wird dieser Prozess nicht zuletzt durch Studierende aber auch durch die künstlerische Praxis selbst.

Verwoben in diesen Prozess sind unterschiedliche Vorwurfstrukturen, die es an vie-

len Stellen so schwierig, aber auch so nötig machen, im Gespräch zu bleiben. Vorwürfe, die sich nicht nur an der hierarchisch organisierten Differenz von Studierenden und Lehrenden entlang bewegen, sondern auch innerhalb der Studierendenschaft, innerhalb der Lehrenden zu Konflikten führen. Im hier abgedruckten Briefwechsel, so scheint uns nachträglich, können sowohl die unterschwelligeren oder expliziten Vorwürfe mitgelesen werden, als auch der nachdrückliche Versuch, sich über bestimmte Uneinigkeiten einig zu werden. Unser Briefwechsel ist der Versuch, die Rhetorik der Vorwürfe, die sich an vielen Stellen des Diskurses nur mehr floskelhaft äußern, zu durchbrechen.

So haben wir in den letzten Monaten ein erstes Gespräch geführt. Nach dem so genannten „Fachbereichsbarometer“¹, sind wir ziemlich genau mit Beginn der Quarantäne in einen schriftlichen Briefwechsel getreten. Das Schriftliche des Briefwechsels war dabei schon vor der Corona-Pandemie und dem damit einhergehenden digitalen Semester geplant und sollte die Diskussion auf eine ruhigere Weise fortsetzen und die Möglichkeit bieten, mit gewisser Distanz nochmals bestimmte, im Fachbereichsbarometer-Gespräch diskutierte, Themen aufzugreifen.

Der Fachbereichsbarometer stellte die Frage nach einer gemeinsamen Gesprächskultur am Fachbereich 2 in den Raum. Die verschiedenen Impulse und die anschließende offene Gesprächsrunde haben dabei bereits Ansätze

für eine gemeinsame Gesprächskultur deutlich gemacht und gleichzeitig die Notwendigkeit einer Thematisierung verschiedener, dieser Diskussion überhaupt erst zugrunde liegenden, Ausgangspunkte und Anliegen gezeigt. Gerade weil die Atmosphäre dabei höchst angespannt und von Uneinigkeit geprägt war, wollten wir uns in einem schriftlichen Austausch nochmals in Ruhe den einzelnen Streitpunkten annähern, über sogenannte identitätspolitische Anliegen und der Frage nach Formen von Kritik sowie der Konfliktlösung sprechen. In unseren Briefen hat sich dabei vor allem gezeigt, dass wir die derzeitige Situation aus unserer jeweiligen Perspektive klären, dass wir zunächst einmal über die Begriffe selbst sprechen müssen.

Wir sind nun an einen Punkt gelangt, an dem wir sagen würden: Unsere gemeinsame Diskussion geht hier zu Ende. Das heißt für uns gleichzeitig auch, dass ein neues Gespräch und damit eines, das über unsere Positionen hinausgeht, beginnen kann und muss. Um konkrete Handlungsmöglichkeiten an der Domäne zu diskutieren, wollen wir den Dialog öffnen und unseren Austausch damit erst als Ausgangspunkt betrachten für Perspektiven und Argumente, die über die Sichtweisen unserer beiden Positionen hinausgehen. Für den weiterführenden Diskurs wünschen wir uns einen respektvollen Umgang miteinander, der die notwendigen Prozess einer Dekolonialisierung des kulturwissenschaftlichen Wissens von den inhärenten Vorwurfsstruk-

turen trennt; beziehungsweise merkt, an welchen Stellen sie sich warum überlagern. Wir wollen gegenseitige Offenheit sowie eine argumentative Diskussionsebene als Voraussetzung ansehen, um gemeinsam Möglichkeiten von Allianzen und notwendige Neuerungen am Fachbereich ausloten zu können und vor allem: Das Gespräch langfristig weiterführen zu können.

Wir möchten ins Gespräch kommen und im Gespräch bleiben. Davon sind wir ausgegangen, davon gehen wir aus.

Hildesheim und Wien im Oktober 2020

-
- I Im Anhang des Buches finden sich die kurzen Begrüßungsreden von Katrin Wille und Julia Speckmann, den beiden Initiatorinnen des Fachbereichsbarometers, in denen Vorgeschichte, Form und Anliegen dieser Veranstaltung aus dem November 2019 erläutert werden.

30. März 2020

Sehr geehrter Herr Krankenhagen,

eigentlich wollte ich ja schon vor längerer Zeit schreiben. Direkt nach dem Barometer-Talk an der Domäne zum Beispiel, später dann nach der Rede bei Vergabe der Abschlusszeugnisse im Audimax der Universität, zuletzt als Merkel meinte: vielleicht mal wieder Briefe schreiben. Als ich gestern gelernt habe, dass *coronabedingt* nun als offizielles Adjektiv in den Duden aufgenommen werden soll, dachte ich: das ist jetzt wirklich Anlass genug, coronabedingt habe ich Zeit und vorcoronabedingt wollte ich es sowieso schon lange tun. Mich machen die ganzen Aufrufe zu Produktivitätssteigerung und Selbstfindung im Home Office eigentlich ziemlich verrückt, dann aber dachte ich: genau deswegen muss ich vermutlich schreiben, letztendlich haben die coronabedingten medialen Selbstoptimierungsappelle doch wieder mehr mit dem eigentlichen Anlass dieses Briefes zu tun als zunächst gedacht. Denn: es sind nicht zuletzt neoliberale Praktiken wie eben diese, die gesellschaftspolitische Machtstrukturen perpetuieren, heißt: soziale Ungleichheit und Diskriminierung manifestieren, Ursachen und Handlungsfähigkeit dabei gleichzeitig individualisieren. Die Notwendigkeit von Antidiskriminierungsarbeit und die Frage nach möglichen Ansätzen einer solchen in institutioneller Rahmung, gerade jetzt, im Zuge der Pandemieberichterstattung,

ist damit Ausgangspunkt meiner Gesprächsinitiative. Wie können wir ein gemeinsames Gespräch über diskriminierungskritische Lehre fortsetzen, die Möglichkeiten einer Konfliktkultur ausloten?

Vielleicht ist dieses seltsame Dazwischen, in dem wir gerade alle ein wenig festsitzen oder innehalten also genau der richtige Zeitpunkt, um sich mit einiger Distanz wieder den initiierten Diskursen am Kulturcampus zu widmen und diese auf eine andere Weise aufzugreifen und fortzuführen. Es ist unklar, wann die Lehre an der Domäne wieder aufgenommen, ob sie danach in derselben Form stattfinden wird; sicher ist aber, dass es gerade jetzt ihre Gestaltung und ihre Rahmungen zu überdenken und neu zu verhandeln gilt. Einen ersten Anstoß dafür lieferte das von Katrin Wille und Julia Speckmann initiierte Fachbereichs-Barometer im November. Die Veranstaltung setzte eine gemeinsame Gesprächskultur und den Umgang mit Konflikten am Fachbereich II in den Fokus, machte diese als gemeinsam zu diskutierendes Thema im universitären Kontext zum ersten Mal sichtbar. Verschiedene Positionen von Studierenden und Dozierenden der Domäne sowie von Wilma Raabe der Ideen- und Beschwerdestelle der Universität Hildesheim wurden dort versammelt und mithilfe unterschiedlicher Gesprächsformate hörbar gemacht. Ursprünglich als Raum für eine Aushandlung der Umgangsmöglichkeiten mit Konflikten gedacht, wurden im Laufe der Veranstaltung

vor allem die verschiedenen Anliegen in ihrer Divergenz erkennbar. Es zeichnete sich damit deutlich ab, dass eine generelle von Unverständnis, vielleicht sogar Missfallen geprägte Atmosphäre nicht zuletzt auf die Uneinigkeit in der Benennung der Konflikte selbst zurückzuführen ist.

Da ich der Überzeugung bin, dass die Domäne als universitäre Einrichtung ein diskriminierungsfreier Ort des offenen, respektvollen und produktiven Diskurses sein sollte, als solcher ständig untersucht und auf einen solchen hingearbeitet werden muss, möchte ich an dieser Stelle nun gerne ansetzen und eine Form der Kommunikation finden, die über das sich in der Veranstaltung abgezeichnete oppositionelle Moment hinausgeht. Das bedeutet nicht nur ein Aushandeln der verschiedenen Positionen, sondern eine grundlegende Benennung der Streitpunkte selbst sowie ein damit einhergehendes ständiges Verhandeln der Bedingungen für ein solches Vorhaben. Gerade weil die Domäne noch kein diskriminierungsfreier Ort ist, muss das gemeinsame Gespräch über die notwendigen Schritte zur Schaffung eines solchen weitergehen und die Frage nach dem Miteinander im gemeinsamen universitären Umfeld immer wieder neu gestellt werden.

Als Vorgehensweise für einen weiteren Briefwechsel schlage ich vor, zunächst einmal die zentralen Konflikte aufzulisten, um diese dann gemeinsam erörtern und erweitern zu können, nicht zuletzt im Rückbezug

auf bestimmte im Meinungsspektrum des sogenannten identitätspolitischen Diskurses angesiedelte Anliegen, die ansatzweise bereits im Barometer-Talk Erwähnung fanden. Dabei ist mir, gerade weil eine vermeintliche Identität ja namensgebend für jenen Diskurs ist, wichtig anzumerken, dass ich in diesem Austausch aus der Position einer *weißen* Frau^{*1} heraus schreibe. Ich, das ist eine Studentin, die gerade aufgrund mit dieser Position einhergehenden Privilegien die Kapazitäten hat, sich mit bestimmten Konflikten und Vorwürfen auseinanderzusetzen bzw. sich aufgrund jener Privilegien auch schlichtweg mit ihnen auseinandersetzen muss. Ich hoffe, dass dieser Austausch nicht bei unseren beiden vielleicht abweichenden, vielleicht ähnlichen Positionen bleibt, er vielmehr erst Ausgangspunkt wird und Grundlage schaffen kann für die Äußerung weiterer, unsere Betrachtungsweisen ergänzender Meinungen von anderen Studierenden, Dozierenden und universitären Mitarbeitenden – nicht zuletzt, weil sie alle keinesfalls als eine Form der Einheit bezeichnet werden können. Meiner Wahrnehmung nach sollte gerade innerhalb der Studierendenschaft untersucht werden, welche Perspektiven diese Studierendenschaft, ein *Wir*, von dem gelegentlich gesprochen wird, eigentlich vertritt.

Ich versuche die verschiedenen Diskussionsgegenstände, die sowohl während des Barometer-Gesprächs als auch bereits zuvor an der Domäne aufkamen und mir im Hinblick

auf einen medialen identitätspolitischen Diskurs besonders präsent erscheinen, unter folgenden vier Punkten zu sammeln und zu konkretisieren:

1. Die Auslegung der Definitionen von Kunstfreiheit und Zensur, gerade im Hinblick auf die beim letztjährigen Festivals *State Of The Art* veröffentlichten Richtlinien diskriminierungskritischen Kuratierens.
2. Die Bedeutung von Sprache, *Political Correctness* und sogenannten Sprechverboten. Damit einhergehend auch: die Diskussion um (verpflichtende) Antidiskriminierungsworkshops für Studierende und Dozierende sowie die Verwendung von *Trigger Warnings* in universitären Seminaren und Vorlesungen. Hier lässt sich auch die Frage nach der Gestaltung von Lehrveranstaltungen im Hinblick auf Material als auch nach der Art und Weise des gemeinsamen Sprechens anfügen.
3. Der angebrachte Vorwurf, Identitätspolitik verfolge in der Durchsetzung vermeintlich partikularer Interessen neoliberale Ziele und führe damit zu einem Abrücken von der Klassenfrage. Stichwörter hier: Hierarchisierung von Kämpfen und Anliegen, auch an der Domäne. Und: Verhandlung von universellen Positionen. Heißt damit auch: das Untersuchen von universitären Strukturen auf eine postulierte Universalität hin.
4. Die Frage nach Solidarität und Möglichkeiten ihrer konkreten Umsetzung als politi-

sche Praxis. Eng damit verbunden sind für mich Strategien von Konfliktlösung und das Ausloten von Formen der Kritik.

Diese Punkte sind selbstverständlich erst einmal Anreize, anhand derer eine mögliche Gliederung unseres Austauschs denkbar wäre und eine Strukturierung wie Ausweitung durch konkrete Bezugnahme auf die beispielhaft genannten Punkte möglich macht. Vielleicht könnten wir uns auch zunächst einmal an dem Begriff der Identitätspolitik abarbeiten, gerade in Bezug auf den dritten Punkt und die der Bezeichnung inhärente Abgrenzung von einer vermeintlich nicht auf Identität beruhenden Politik? Geht es nicht gerade bei sogenannter Identitätspolitik um einen, wie die Soziologin Silke van Dyk beschreibt, „rebellischen Universalismus“, der in feministischen, queeren und antirassistischen Kämpfen eine vermeintliche Normalität als „partikular weiß [sic!], männlich, gesund und heterosexuell [...]“² entlarvt?

Das sind zunächst einmal erste Ideen und Fragen, die ich als zentral erachte. Welche Punkte wären für Sie noch wichtig zu besprechen? Steht für Sie vielleicht ein ganz anderer Aspekt im Vordergrund? Inwiefern hängt Ihrer Meinung nach die Art und Weise der praktizierten Feedback- und Gesprächskultur an der Domäne mit den tatsächlichen Kritikpunkten zusammen?

Ich bin gespannt auf unseren Austausch und freue mich sehr, dass der mit dem Baro-

meter-Gespräch initiierte Dialog in dieser Form nun weitergeführt wird. An dieser Stelle also schon einmal: vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für dieses Projekt hier nehmen. Ganz egal, ob coronabedingt oder nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Leonie Lorena Wyss

-
- 1 Das Sternchen wird im weiteren Verlauf nur dann hinter gegenderte Bezeichnungen gesetzt, wenn diese in der ersten Person Singular stehen und auf den persönlichen Erfahrungshorizont und Wunsch nach Sichtbarmachung der Konstruiertheit von Geschlechterkategorien sowie von damit einhergehenden assoziierten Eigenschaften hinweisen soll. Die Schreibweise wird nicht verallgemeinernd im Kontext einer Inklusion von trans und nicht-binären Personen verwendet, da sie als unpräzise Formulierung auf einen universalisierenden Gestus und eine damit einhergehende Nichtakzeptanz der Selbstbezeichnung von trans Personen referiert. Vgl hierzu: Yaghoobifarah, H.: *Stars und Sternchen*, Missy Magazine, Magazin für Pop, Politik und Feminismus, veröffentlicht am 11.05.2018, <https://missy-magazine.de/blog/2018/05/11/stars-und-sternchen/> (letzter Zugriff 07.08.2020)
 - 2 Van Dyk, S.: *Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus* IN: Aus Politik und Zeitgeschichte. Identitätspolitik. Zeitschrift der Bundeszentrale für Politische Bildung. 69. Jahrgang, 9–11/2019, 25. Februar 2019, Bonn, S. 27

09. April 2020

Sehr geehrte Frau Wyss,

Sie erwischen mich in einem Moment, der gespaltener nicht sein könnte: Entschleunigung in der Kleinstadt Hildesheim und im privaten Leben kurz vor den Osterfeiertagen, Beschleunigung im digitalen Raum und in der Arbeit an einem Online-Sommersemester. Alles, was gerade nicht ‚draußen‘ passiert, so scheint es mir, potenziert sich mit zehnfacher Kraft im Netz. Unsicherheit und Angst genauso wie Kreativität und Initiative. Verleumdung und Hetze genauso wie Solidarität und Besonnenheit. Privilegien und Macht genauso wie Abhängigkeit und Ohnmacht. Und über allem – wie absurd, wie schön – blühen gerade jetzt die Obstbäume ‚da draußen‘.

Vielen Dank für Ihre Initiative, vielen Dank für Ihren ersten Brief. Sie schreiben, dass der Fachbereichsbarometer aus dem letzten Wintersemester für Sie den Anstoß zu unserem (schriftlichen) Gespräch gegeben hat; wie auch Ihre Beschäftigung mit dem Identitätsbegriff und den Identitätspolitiken, die seit den frühen 2000er Jahren gesellschaftliche Kraft entfaltet haben. Mir geht es ähnlich und ich glaube, beides lässt sich gut verbinden. Den Fachbereichsbarometer habe ich, vielleicht gerade aufgrund seiner über-emotionalisierten Atmosphäre, als einen Kristallisationspunkt der unterschiedlichen Kulturen am Fachbereich erlebt. Zugespitzt könnte

man vielleicht sogar sagen: Es war ein punktueller Machtkampf um Deutungshoheit am Fachbereich. Das ist legitim – für alle daran beteiligten Seiten.

Gleichzeitig haben mir diese zwei Stunden, persönlich, noch einmal vor Augen geführt, dass ich gerne verstehen würde, *woher* diese Dringlichkeit kommt, mit der eine sachliche Auseinandersetzung zu einem moralischen Tribunal umfunktionalisiert wurde. Ist es ‚nur‘ der Kampf um Deutungshoheit? Oder ist da doch mehr und wenn ja, was verstehe ich daran nicht?

Die vier von Ihnen aufgezeigten Konfliktfelder treffen für mich alle ins Schwarze, das meint sie treffen den Anlass unseres Briefwechsels: Welche Konflikte haben wir am Fachbereich 2 eigentlich (wenn ihre Benennung bisher so deutlich scheiterte)? Wenn unser Dialog es schafft – ein Dialog, der, wie Sie andeuten, vielleicht noch um andere Personen erweitert werden kann – die wichtigen Konflikte und ihre Implikationen so klar wie möglich zu benennen, dann wäre viel erreicht.

Dennoch will ich nicht mit einem dieser Punkte beginnen, sondern Ihr Angebot annehmen, ob da noch etwas anderes sei, das mich in diesem Kontext beschäftige. Ich tue das deshalb, weil Ihr Brief, neben der Vorfreude auf eine sachlich-intellektuelle Auseinandersetzung, auch ein Unbehagen ausgelöst hat, das ich ziemlich schnell lokalisieren konnte. So wie Roland Barthes sein Konzept des „punctums“ entwirft, um damit ein je-

des Detail zu benennen, das ihn im Angesicht einer Fotografie *trifft*, so hat mich ein Satz in ihrem Brief getroffen. „Gerade weil die Domäne noch kein diskriminierungsfreier Ort ist“, schreiben Sie. Es war dieser Satz, der mich zweifach getroffen hat. Umgangssprachlich formuliert, hat er mich getroffen, weil er mich (gleichsam unvorbereitet) berührt, vielleicht sogar verletzt hat. ‚Warum ist die Domäne kein diskriminierungsfreier Ort‘, musste ich sofort denken. ‚Warum kann sie das behaupten, auf welcher Grundlage ist sie sich so sicher?‘ Das waren in etwa die Gedanken, die sich beim Lesen dieses Satzes als Gefühle eingestellt haben. Und, das werden Sie vielleicht kennen, sofort organisiert man für sich die Abwehrreihen und ich (er)fand Argumente, warum die Domäne sehr wohl ein diskriminierungsfreier Ort sei.

Etwas abgekühlt, beim zweiten oder dritten Lesen, habe ich mir dann meine Reaktionen angeschaut und mich gefragt, warum es gerade dieser (Halb-) Satz war, der als mein *punctum* gewirkt hat? Warum will ich mir so sicher sein, dass die Domäne ein diskriminierungsfreier Ort ist? Was für eine Vorstellung der Universität allgemein, und unserem Fachbereich ganz konkret, verbinde ich damit? Aber auch: Woher kommt diese Sicherheit bei Ihnen – und ich verallgemeinere jetzt: bei vielen (?) weiteren Studierenden – dass dem nicht so ist? Was für einen Begriff von Diskriminierung und diskriminierungsfrei haben Sie, haben andere Studierende heute?

Das wäre meine Eingangsfrage und ich würde mich freuen, wenn Sie dazu etwas schreiben möchten. Ich fände es lohnend, gemeinsam zu überlegen, was wir unter Diskriminierung, respektive einer diskriminierungsfreien Atmosphäre am Fachbereich verstehen. Da weder Sie noch ich – noch irgendjemand am Fachbereich – die Macht hat, für alle zu definieren, was Diskriminierung sei, können wir ja stellvertretend damit beginnen (beziehungsweise damit fortfahren).

Mich interessiert dabei einerseits Ihr Verständnis des Begriffes (Sie schreiben kurz: ‚ein Ort des respektvollen, offenen und produktiven Diskurses‘) und andererseits die Implikationen Ihres Verständnisses: Was heißt es für die spezifischen Institutionen der Universität, für die spezifische Kultur eines ästhetisch-kulturwissenschaftlichen Fachbereichs, wenn dieser (oder jener) Begriff von (Anti-) Diskriminierung im Raum steht, eingefordert wird, abgelehnt wird?

Um an einer Stelle selbst mit dieser (Definitions-)Arbeit zu beginnen: Die Vorstellung, dass die Kultur am Kulturcampus schon deshalb diskriminierend sei, weil sich an ihm ‚mehrheitlich weiße und bildungsbürgerlich‘ sozialisierte Personen aufhalten und seine Strukturen (mit-) definieren, scheint mir nicht ohne Fallstricke. Überhaupt scheint mir der Diskurs um ‚strukturelle Gewalt‘ an einigen Stellen eher einem Reflex zu folgen, als der Sache. Strukturelle Gewalt und strukturelle Diskriminierung sind eine Realität. Völlig

unzweifelhaft. Sogar als Erklärungsversuch für ein latentes Unbehagen am Fachbereich scheint mir der Begriff durchaus geeignet. Aber als kulturwissenschaftliche Position ist der immergleiche Verweis auf die strukturellen Dimensionen eines Phänomens fast schon mythologisch aufgeladen.

Ich will den letzten Begriff erklären: In der Auseinandersetzung mit Horkheimers und Adornos „Dialektik der Aufklärung“ habe ich gelernt, beziehungsweise zum ersten Mal für mich verstanden, was *der Mythos* sei. Der Mythos, das ist das Immergleiche, das ist die immer gleiche Wiederholung der scheinbar natürlichen Kreisläufe, die auf soziale und politische Beziehungen und Strukturen übertragen werden. Der Mythos ist entsprechend auch nicht zu ändern (nur durch Opfer gnädig zu stimmen), er verläuft so absolut, wie die Jahreszeiten. Der Mythos ist mit sich selbst identisch.

Horkheimer und Adorno beobachten dann in den 1940er Jahren, wie sich der Mythos gleichsam im Aufzug der Moderne reproduziert hat: Statt an unabänderliche Naturgewalten glaubt die Moderne an unabänderliche ‚Vernunft‘, an ‚Kritik‘ und ‚Aufklärung‘. Sie tut dies so unhinterfragt und gleichsam automatisiert, wie der Mythos an Blutrache glaubt (siehe die „Orestie“). Wahrscheinlich können Sie sehen, warum mir dieser Exkurs wichtig ist: Weil sich aus meiner Beobachtung das dialektische Fortschreiben des Mythos heute (unter anderem) im Begriff der „Struktur“

vollzieht. An den Begriff „strukturelle Diskriminierung“ glauben einige, ich polemisiere jetzt, buchstäblich abgöttisch. Strukturelle Diskriminierung, aus dieser Perspektive gesehen, ist eine unhinterfragte Gewissheit, ein sich unabänderlich vollziehender und automatisierter Prozess: Es ist der Mythos. Jeder (moderne) Mythos aber produziert neue (moderne) Ungerechtigkeiten.

Was für Ungerechtigkeiten produziert die Rede von der ‚strukturellen Diskriminierung‘ für Sie? Oder tut sie das gerade gar nicht: Ist der Begriff und die Praxis seiner Verwendung für Sie primär emanzipativ wirkend? Und wo erleben Sie ganz konkret Diskriminierung am Fachbereich? Nicht nur strukturelle Diskriminierung (obwohl mich das auch interessieren würde, wenn Sie eine solche konkret benennen könnten), sondern persönlich? Wo haben Sie sich als diskriminiert erfahren oder wurden Zeuge von etwas, das Sie Diskriminierung nennen würden? Vielleicht können wir so eine Begriffsarbeit für uns beginnen: bei der eigenen Erfahrung und ihrer Reflexion.

Viele Grüße aus dem so coronabedingten wie berufsbedingten Homeoffice,

Stefan Krankenhagen

16. April 2020

Lieber Herr Krankenhagen,

vielen Dank für Ihren Brief, ich freue mich sehr, dass wir auf diese Weise das im Barometer initiierte Gespräch fortsetzen, vielleicht auch erst wirklich ein solches beginnen. Gerade jetzt in einem Moment, der wie Sie schreiben, „gespaltener nicht sein könnte [...]“, der von einer Verhandlung eines Innen in Abgrenzung zu einem Außen geprägt ist – deren Perfidität sich auf der Spitze des deutschen Spargels sammelt –, tritt für mich die Domäne in ihrer beinahe idyllischen Abgeschlossenheit nochmals verstärkt in den Vordergrund: als Blase irgendwo hinter den blühenden Obstbäumen, die Sie beschreiben. Unseren Austausch sehe ich damit als Versuch, die sowohl auf die Quarantäne als auch örtliche Lage der Domäne zurückführbare Distanz wirksam zu nutzen, die dort herrschenden Diskurse gemeinsam zu untersuchen und in einen größeren Kontext zu setzen. Ich stelle mir dabei vor: wie man* die Domäne als eine dieser Glitzerkugeln in der Hand hält und gut durchschüttelt, dem Glitzer dann zuschaut wie er sich langsam absetzt, um das halbrund ausgeschnittene Foto des sogenannten Kulturbetriebs herum. Ich glaube: das Barometer war seit Langem wieder ein sichtbares Schütteln. Und: dass es darum geht, das Foto in der Mitte immer wieder auszutauschen. Ich

glaube auch: unser Briefwechsel hier ist ein erstes Schrauben an dem Unterteil der Kugel, ein bisschen schwer beim ersten Drehen vielleicht, aber doch ein erstes Drehen.

Beim Lesen Ihres Briefes wurde mir noch einmal deutlich, weshalb das Barometer-Gespräch eine so polarisierende Wirkung hatte. Wir haben versucht über die Art und Weise einer Verhandlung von Konflikten zu sprechen ohne uns über die jeweiligen Vorstellungen einer Ausgangssituation auszutauschen. Dieser Antwortbrief soll also zunächst einmal der Versuch meiner Beschreibung der Grundsituation sein, soll Ihre Frage nach eigenen Diskriminierungserfahrungen mit der Auslegung des Begriffs der strukturellen Diskriminierung zusammenbringen, sodass wir in einem weiteren Schritt dann gemeinsame Anknüpfungspunkte in der Auslegung des Begriffs finden und uns darauf aufbauend konkrete Strategien überlegen können.

Zu Beginn Ihres Briefes stellen Sie in Bezug auf die Barometer-Veranstaltung die Frage nach der Dringlichkeit, „mit der eine sachliche Auseinandersetzung zu einem moralischen Tribunal umfunktionalisiert wurde [...]“. Ich denke, in dieser Frage liegt bereits das Gegenüber, dem wir uns in diesem Briefwechsel schreibend annähern wollen. Der Satz suggeriert, dass es ein *sachlich* auf der einen und ein *emotional* auf der anderen Seite gibt. Die Bezeichnung einer Auseinandersetzung als sachliche und die spätere Beschreibung der Entwicklung des Gesprächs als eine

über-emotionalisierte Diskussion geschieht meiner Meinung nach bereits aus einer Position heraus, die eine gewisse Deutungshoheit innehält und die das Anliegen einer vermeintlich anderen Seite auf den Wunsch nach Deutungshoheit zurückführt. Aber genau das ist, wie ich finde, bereits Teil des Problems: wenn Diskriminierung verhandelt wird, sollte ein Gespräch wegkommen von einer solchen Einteilung in sachlich und nicht-sachlich, da es gerade darum geht, dass Diskriminierungserfahrung nicht als Meinung dargestellt wird. Ich würde die Atmosphäre beim Barometer auch als emotional aufgeladen bezeichnen, ich möchte gar nicht grundsätzlich die Trennung dieser Begrifflichkeiten infrage stellen. Meiner Meinung nach darf diese allerdings, mit Blick auf identitätspolitische Diskurse, nicht zur Delegitimierungsstrategie werden, mit der verschiedene Anliegen hierarchisiert oder als emotionalisiert dargestellt werden. Ich beziehe die Dringlichkeit damit nicht auf den Kampf um Deutungshoheit, sondern vielmehr auf die Thematisierung des Anliegens, heißt: Diskriminierung, selbst.

Dass die Vorstellungen, inwiefern diese den Kulturcampus prägt, auseinandergehen, hat sich für mich deutlich in unseren ersten beiden Briefen gezeigt. Sie schreiben, dass Sie überrascht waren von der Aussage, die Domäne sei noch kein diskriminierungsfreier Ort. Ich wiederum war überrascht, als ich von Ihrer Überraschung las. Als Sie bezüglich der Antidiskriminierungsrichtlinien des *State of*

the Art Festivals beim Barometer-Gespräch auf Artikel 3 des Grundgesetzes referierten und meinten, dass diese aufgrund des Vorhandenseins des Gesetzes nicht notwendig seien, dachte ich, unser Ausgangspunkt sei derselbe: dass wir von einer von Diskriminierung geprägten Grundsituation an der Domäne ausgehen, bei der Umsetzung einer Antidiskriminierungsarbeit allerdings andere Ansätze haben. Ich denke, dass vor allem Ihre Aussage, das Grundgesetz spreche bereits ein Diskriminierungsverbot aus, auf viele daher so provokant wirkte: hier liegt doch genau das Problem. Dass es einerseits Grund- und Gleichbehandlungsgesetz gibt, die Antidiskriminierung vorschreiben, die Strukturen der Gesellschaft aber gleichzeitig von Diskriminierung geprägte sind, in gewissem Maße eben auch an der Domäne. Ohne diese Diskrepanz käme ein Austausch über Diskriminierung gar nicht mehr zustande. Sprich: wir wären tatsächlich im *Happyland*, das Tupoka Ogette in *exit racism* polemisch als den Zustand von *weißen* Menschen vor einer Beschäftigung mit Rassismus beschreibt¹. Fast, zumindest. Denn dass das Grundgesetz selbst immer weiterhin untersucht werden muss, zeigt genau jener Artikel selbst in Bezug auf die Nennung des fälschlicherweise äquivalent verwendeten Begriffs *race* im Deutschen.

Raus aus *Happyland* heißt also: Diskriminierungsformen aufdecken und konkrete Maßnahmen gegen Diskriminierung durchsetzen. Ich möchte an dieser Stelle das von Ihnen be-

schriebene Unbehagen aufgreifen. Sie schreiben, Sie hätten ein solches beim Lesen meines Briefes in Bezug auf jene Aussage empfunden, die Diskriminierung an der Domäne als Problem gar nicht erst infrage stellt, sondern eben gerade in Form einer Aussage konstatiert. Ich empfinde selbst ein Gefühl des Unbehagens, wenn ich eine solche Äußerung formuliere. Nicht, weil ich bezweifle, dass es Diskriminierung an der Domäne gibt. Sondern weil ich aus meiner privilegierten Position heraus meine Meinung äußere, weil sich bei dem Barometer-Gespräch mehrheitlich *weiße* und bildungsbürgerlich sozialisierte Personen in einem Raum versammelten und über Diskriminierungsformen diskutierten. Ich glaube, es ist wichtig dieses Unbehagen zu empfinden. Es muss nur weitergeführt werden, heißt in Bezug auf das von mir empfundene Unbehagen: jegliche Kritik an Diskriminierungsformen muss immer kritisch hinterfragt, darf nie zum Selbstzweck (in Bezug auf Rassismus Stichwort: *white saviorism*) werden. Dafür sind Antidiskriminierungsworkshops notwendig, für Studierende und Dozierende.

Diskriminierung verstehe ich dabei anknüpfend an Ihre Definition als strukturelles Problem, das auf individueller, kultureller sowie institutioneller Ebene wirkt. In den Grundlagen des *Social Justice und Diversity* Trainings wird der Begriff der strukturellen Diskriminierung weiter in den Zusammenhang einer Diskriminierungsmatrix gebracht. Innerhalb dieser Matrix stehen verschiedene

Diskriminierungsformen systematisch miteinander in Verbindung, stabilisieren sich erst gegenseitig: Ableismus, Klassismus, Antisemitismus, Rassismus, Ageismus, Diskriminierung Ost, Lookismus, Sexismus, Homo-/Transfeindlichkeit, Antiromaismus/Antisintiismus werden schematisch in einem Schaubild aufgezeichnet; „[d]abei können wir uns nie sicher sein, dass wir alle Diskriminierungsformen bereits erkannt haben [...]“², heißt es weiter. Angesichts der Komplexität des Ineinandergreifens der verschiedenen Diskriminierungsformen ist eine solche Auflistung also als Nebeneinanderstellung immer schon unzulänglich, soll im Prozess von Antidiskriminierungsarbeit aber als erster Schritt und, auch mir im Falle dieses Briefes, als notwendiges Aufzeigen verschiedener Formen der Diskriminierung dienen. Das bedeutet auch, dass die im letzten Brief angeführte Benennung meiner Position als die einer *weißen Frau** erst der Beginn eines Privilegien-Checks ist.

Sie schreiben, dass auch Sie strukturelle Diskriminierung als Realität erachten, bringen diese dann mit dem Begriff des Mythos in Verbindung. Der ständige Verweis auf strukturelle Diskriminierung sei mythologisch aufgeladen; „[s]trukturelle Diskriminierung, aus dieser Perspektive gesehen, ist eine unhinterfragte Gewissheit, ein sich unabänderlich vollziehender und automatisierter Prozess: es ist der Mythos [...]“, schreiben Sie. Ich konnte Ihrer Beschreibung hinsichtlich des

Verweises auf Wiederholung folgen, kann die Beobachtung, dass immer und immer wieder strukturelle Diskriminierung aufgezeigt wird, nachvollziehen. Ich denke aber: dass es unbedingt notwendig ist, immer und immer wieder darauf hinzuweisen, die Ebenen der Diskriminierung zusammenzubringen, ihre systematische Verknüpfung aufzudecken. Und: dass es gefährlich ist, Diskriminierung mit dem Begriff des Mythos in Verbindung zu bringen, da dieser im allgemeinen Sprachgebrauch zu sehr in Verbindung steht mit irrationalen Vorstellungen, die sich nur auf ihren eigenen Wahrheitsanspruch berufen. Diskriminierungserfahrung aber darf nicht als Befindlichkeit gehandelt werden. Bezüglich des Verweises auf strukturelle Diskriminierung würde ich daher lieber weg vom Begriff des Mythos und hin zu einer Untersuchung des Begriffs der Universalität gehen. Das Ohnmächtige habe die Kraft verloren, sich Ausdruck zu schaffen, heißt es an einer Stelle in *Dialektik der Aufklärung*, die Sie zitieren, „und bloß das Bestehende findet ihr neutrales Zeichen. Solche Neutralität ist metaphysischer als die Metaphysik [...]“.³ Diese Aussage wird dort explizit in Bezug zur vermeintlichen Unparteilichkeit der wissenschaftlichen Sprache gesetzt. Hier würde ich anknüpfen: Universalität als durch Wiederholung konstituiert verstehen. Ausgangspunkt für Kritik heißt also dann: Wiederholung erkennen.

Seyla Benhabib beschreibt in ihren Ausführungen im Rahmen des Symposiums *Die*

Frankfurter Schule und die Folgen das befreiende Moment einer Kritik an Universalismus und wendet den Begriff auf ein Demokratieverständnis im Sinne eines Loslösens von einem substantiellen Zustand hin zur Vorstellung einer radikal pluralistisch, partizipatorischen Demokratie an. Das, was als allgemein erachtet wird, sei kein Zustand, sondern eine Verfahrensweise, heißt es dort.⁴ Ich würde den Mythos also auf eine vermeintlich universale Position beziehen, die in der Verfahrensweise der Wiederholung eine wiederum vermeintliche Substantialität suggeriert. Beim Lesen von Roland Barthes *Mythen des Alltags* habe ich gelernt: dass es einer fundamentalen Hinterfragung des Alltäglichen bedarf. Das, wovor der Mythos am meisten Angst hat, ist es, sich mit seinem Gewordensein auseinanderzusetzen. Bevor aber der Verweis auf strukturelle Diskriminierung als Mythos untersucht wird, muss zunächst explizit an einer Demaskierung der Position gearbeitet werden, die zur strukturellen Diskriminierung führt, heißt also: eine vermeintlich neutrale Subjektposition aus seiner unmarkierten Normalität befreien und als zumeist männliche, heterosexuelle und *weiße* zu markieren, als *able bodied* und keine proletarische. Und selbst das ist wieder nur eine verkürzte Benennung dieser vermeintlich universalen Position.

Deren Aufdeckung bezeichnet in der Antirassismuserbeit das Konzept der *Critical Whiteness*. Peggy Piesche und Susan Arndt bezeichnen Weißseins dabei als historisch

bedingte soziale Position, die eine individuelle Auseinandersetzung innerhalb der strukturellen Gegebenheit von Weißsein immer schon erfordert.⁵ Sara Ahmed setzt dies in *On Being Included* in Bezug zur Institution der Universität, der Formierung von *white spaces* und der Bedeutung von Körpern. Die Universität erzeuge als von mehrheitlich *white bodies* geprägter Raum den Eindruck von Kohärenz, was für *non-white bodies* allein beim Betreten dessen ein Gefühl des Exponiertseins, des Dazukommens erzeuge.⁶ Diese Diskriminierungsstrukturen würde ich an dieser Stelle auch auf die Domäne beziehen. Die Domäne muss als *white space* betrachtet werden, als Raum, der im Kontext der Entstehung des akademischen Korpus als *weißer* und patriarchal geprägter steht und in ebendiesem untersucht werden muss. Das beginnt damit, dass für bestimmte Studierende überhaupt schon die Teilnahme an einer Veranstaltung innerhalb der größeren Institution Schwierigkeiten mit sich bringt, die auf eine Vernetzung von Diskriminierungsformen zurückgehen und weit vor der Immatrikulation liegen; die sich aber weiterhin auch über den Alltag an der Universität legen, oftmals in Form sogenannter im Alltag immer wieder erfahrener Mikroaggressionen. Es muss also untersucht werden, wie sich das Gewordensein des universitären Apparats noch heute in der Lehre und dem Umfeld derer wiederfindet. Dabei darf eine solche Antidiskriminierungsarbeit nicht zur Angelegenheit von Betroffenen werden.

Ich denke, der Begriff der strukturellen Diskriminierung lässt sich vor diesem Hintergrund in der Praxis seiner Verwendung an der Domäne produktiv nutzen. Unter jener Praxis verstehe ich dabei, den Kanon der Texte in Lehrveranstaltungen zu untersuchen und zu überlegen, wie Lektürelisten geändert werden können, sodass auch andere Positionen neben den hauptsächlich *weißen*, männlichen Autoren gelesen werden. Das bedeutet, zu überlegen, wie in Seminaren zu einer Sprache gefunden werden kann, die FLINT* Personen einschließt. Das heißt auch, darüber zu sprechen, inwiefern Texte, Filme oder Theaterproduktionen, die diskriminierende Äußerungen jeglicher Art reproduzieren, diskutiert werden können. Wie kann dahingehend mit *Trigger-Warnings* gearbeitet werden? Was bedeutet es, Roland Barthes zu lesen und, wie wir hier, zu zitieren, wenn in seinen Werken das N-Wort reproduziert wird? Was bedeutet die Wahl der Lektüreliste hinsichtlich einer Kanonisierung von Wissen? Diese Überlegungen sollten auch für künstlerische Arbeiten von Studierenden gelten – gerade hier, meist im Stadium des Erarbeitens und Ausprobierens, lässt sich an die Bedeutung von Reproduktion in der eigenen künstlerischen Produktion anknüpfen, lassen sich Strategien für Alternativen diskutieren. Es ist unser aller Aufgabe, solche Fragen immer wieder neu zu stellen, nicht, sie einstimmig zu beantworten.

Ich habe mir nicht alle diese Fragen bereits zu Beginn meines Studiums gestellt. Vielmehr

habe habe ich im Laufe des Studiums gelernt, sie zu formulieren, heißt auch: subjektive Erfahrungen langsam in einen größeren Kontext setzen zu können. Das ist das, was ich an den Studieninhalten der Domäne so sehr schätze und worin für mich die Besonderheit der Verknüpfung von eigener ästhetischer Arbeit und wissenschaftlichem Diskurs liegt. Sie fragten nach meiner konkreten Diskriminierungserfahrung an der Domäne. Noch immer finde ich es nicht einfach, darauf zu antworten; noch immer fällt es mir schwer, Verknüpfungen von *strukturell* und *persönlich* überall ausfindig zu machen, für mich selbst zu entscheiden, wann ich *persönlich* vor dem Hintergrund von *strukturell* untersuche und wann nicht. Im *Duden* schlage ich den oben angeführten Begriff der Matrix bezüglich Diskriminierungsstrukturen nach: die Matrix in der Biologie bezeichnet eine amorphe Grundsubstanz (z. B. des Bindegewebes). Auch: eine Keimschicht, aus der etwas (z. B. Nagelbett) entsteht. Außerdem: die Matrix ist verantwortlich für die organische Stützstruktur des Perlmuts.⁷ Ich habe an der Domäne gelernt zu plädieren: für das Aufdecken der Keimschicht und das Untersuchen von Perlmutter. Für das Herausarbeiten des Amorphen einer Grundsubstanz. Schicht für Schicht abkratzen und schauen was darunter liegt, sehen, dass nichts darunter liegt oder eigentlich alles.

Das heißt in Bezug auf meine Erfahrung, begrenzt auf den Kontext der Domäne: bemerken, dass hauptsächlich männliche Stu-

dierende wie Dozierende Redeanteile in Seminaren inne haben bei einer Studierendenschaft, die zu 80 % aus Frauen besteht, dass zu Beginn meines Studiums am Literaturinstitut bis auf eine wissenschaftliche Mitarbeiterin alle Dozierende mit Festanstellung männlich und *weiß* sind, dass wir in Literaturseminaren hauptsächlich Texte von *weißen* Männern lesen, die über ihr heterosexuelles Begehren schreiben, dass ich mich wundere über Texte, die nicht diesen Kanon fortführen und mich dann über mein Wundern wundere und frage: ob ich mich jetzt eigentlich freuen müsste. Es sind auch: Gruppendynamiken bei Partys am Institut, hauptsächlich männliche Studierende, die sich um die Dozierenden sammeln, die mir das Gefühl geben, mich nicht dazu stellen zu können; es ist die Frage, wer nach dem Seminar noch bleibt, wer inoffiziell für Jobs nach Hilfskraftstellen angefragt wird, es ist auch die Tatsache: dass ein Dozent seine Abschlussparty für Prüfungsleistungen von Studierenden organisieren lässt, und: dass ich mich lange nicht traue, etwas in Seminaren oder Textwerkstätten zu sagen, weil ich das Gefühl habe, nichts beitragen zu können, weil andere, eben meist männliche Stimmen mit Zitaten um sich werfen und ich erst langsam merke, was dahinter steckt: dass oftmals gar nicht so viel dahintersteckt und deshalb irgendwann endlich anfangen eigene Texte in Werkstätten zu geben. Es bedeutet, in Seminaren mit Kommentaren konfrontiert zu werden, die unangebracht, wenn nicht anstöß-

ßig sind, nichts mit der eigentlichen Arbeit, viel eher aber mit dem eigenen Aussehen zu tun zu haben; es bedeutet, Texte zu lesen, in denen immer und immer wieder abfällig über Frauen geschrieben wird, Sexismus und sexuelle Gewalt reproduziert, in denen queere Narrative außen vor gelassen werden. Wie ich in Textbesprechungen immer wieder darauf aufmerksam mache, merke, wie ich mit einem bestimmten Blick beginne zu lesen, nicht weiß, wie ich diesen Blick eigentlich bewerten soll, vor allem aber: mich unwohl fühle in dieser Rolle, die sich wohl auf das Konzept des *Feminist Killjoy* zurückführen lassen kann und die trotzdem meist zum allgemeinen empörten Ausruf führt: *Fiktion darf alles!*, ich mich daraufhin irgendwann kurz abwende, rufen möchte: aber sie kann doch viel mehr!, stattdessen im Stillen überlege, wie ich gegen diese Wiederholung der Sprache angehen, wie ihre Instabilität nach Außen stülpen kann, ein geheimes Verschieben von innen heraus plane, bei *Google* eingabe: wie ich möglichst subversiv sein kann und dann, genauer: wie ich die Stützstruktur des Perlmutter stürzen kann, nur um das neue Gedicht von Lindemann angezeigt zu bekommen.

Es ist schon einiges passiert seit ich hier angefangen habe zu studieren und meine Erfahrungen beziehen sich natürlich hauptsächlich auf das Literaturinstitut. Vielleicht lässt sich aber doch anhand der Beschreibung derer auf individueller Ebene der Bezug zur institutionellen, zur strukturellen nachvollzie-

hen? Vielleicht können wir in einem nächsten Schritt ja Ihre Auslegung des Begriffs mit dem von mir genannten abgleichen, um dann gemeinsame Anknüpfungspunkte zu finden? Oder denken Sie diese in einem von dem Begriff der strukturellen Diskriminierung losgelösten Kontext? Wie können wir uns in einem Zeitalter des Präfix *Post* mit Diskriminierung auseinandersetzen, im Speziellen an der Domäne? Spannend finde ich auch die von Ihnen angeführten Bedenken einer Mystifizierung hinsichtlich der Notwendigkeit der ständigen Hinterfragung von Antidiskriminierungsarbeit zu betrachten. Hier spielt für mich der Begriff *diversity* und dessen Marketing-Nähe sowie seine von Sara Ahmed beschriebene Umfunktionalisierung als *containment strategy* von bestehenden Strukturen, aber auch die Untersuchung von vermeintlich queeren und feministischen Zielen zum Selbstzweck einer Institution eine Rolle.

Enis Maci schreibt: „Ich sage, es ist notwendig, die Ausnahmen zu studieren, die Vormütter, die Wiedergänger, die Eiskalten und die Schwachen. Ich sage, es ist nötig, die Vergangenheit und ihre Bewohner zu studieren, wie man eine Landkarte studiert. Ich sage, es ist nötig zu verstehen, dass eine Landkarte eine Annäherung ist [...]“.⁸

Ich sage: es ist notwendig, dass die Domäne als kulturwissenschaftlich-ästhetischer Kontext untersucht, wie die Landkarte gezeichnet wird, wer diese überhaupt zeichnet. Es ist notwendig, dass aufgedeckt wird, wie auch der

Versuch eines Neuzeichnens wiederum Positionen in einem vorgefertigten Konstrukt herstellt. Ich sehe die Domäne als Ausgangspunkt für eine Diskussion, in der Möglichkeiten zur Durchbrechung dieser Konstruktionen, weg von *identitätspolitisch* hin zu *intersektional*, auf ästhetischer sowie intellektueller Ebene ausgelotet werden können. Und, weil nach so viel Abstraktion eigentlich nur noch das Glitzer fehlt: als Ort, an dem wir damit immer weiter am Unterteil schrauben können.

Ich hoffe, Sie können gut ins digitale Semester starten und möchte auch an dieser Stelle nochmals betonen, wie sehr ich mich über diesen Austausch freue!

Mit freundlichen Grüßen

Leonie Lorena Wyss

-
- 1 Vgl. Ogette, T.: *exit racism. rassismuskritisch denken lernen*, 4. Auflage, UNRAST Verlag, 2019, Münster, S. 21 f.
 - 2 Czollek, L./Perko, G./Kaszner, C./Czollek, M.: *Praxishandbuch Social Justice und Diversity. Theorien, Training, Methoden, Übungen*, 2. Auflage, Beltz Verlagsgruppe, 2019, Weinheim, S. 29
 - 3 Horkheimer, M./Adorno, T.: *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, 24. Auflage, Fischer Taschenbuch Verlag, 1988, Frankfurt am Main, S. 24
 - 4 Vgl. Benhabib, S.: *Zur Dialektik von Glück und Vernunft. Max Horkheimers frühe Moralphilosophie* IN: Honneth, A./Wellmer, A. (Hg.): *Die Frankfurter Schule und die Folgen: Referate eines Symposiums der Alexander von Humboldt-Stiftung vom 10.-15.12.1984 in Ludwigsburg*, De Gruyter Verlag, 2010, Berlin, S. 138
 - 5 Vgl. Piesche, P./Arndt, S.: *Weißsein. Die Notwendigkeit Kritischer Weißseinsforschung* IN: Arndt, S./Ofuatey-Alazard, N. (Hg.): *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Naschlagewerk.*, 3. Auflage, UNRAST Verlag, 2019, Münster, S. 193
 - 6 Ahmed, S.: *On Being Included. Racism and Diversity in Institutional Life*, Duke University Press, 2012, Durham and London, S. 41 f.
 - 7 Vgl. Dudenredaktion (Hg.): *Matrix*, <https://www.duden.de/rechtschreibung/Matrix> (letzter Zugriff 16.04.2020)
 - 8 Maci, E.: *Eiscafé Europa. Essays*, 3. Auflage, Suhrkamp Verlag, 2019, Berlin, S. 177

01. Mai 2020

Liebe Frau Wyss,

das war ein langer zweiter Brief von Ihnen, vielen Dank. Ich bin gespannt, wie ich darauf antworten kann, da er so viele Wege aufzeigt. Unabhängig davon ist es eine Freude, den Kopf für etwas anderes anzuschalten, als für Krisenmanagement und Videokonferenzen.

Dabei ist die technisch gleichzeitig bedingte und überbrückbare Distanz zwischen den Menschen nicht per se ermüdend. In unserem Fall, darauf weisen Sie hin, erleichtert die Distanz, die uns von dem Fachbereichsbarometer einerseits und der Domäne andererseits trennt, unseren Austausch von Gedanken und Argumenten. Aber dabei passiert ja immer auch mehr. Zum Beispiel lese ich Ihre Lektüre mit. Lese, was Sie lesen (und kenne vieles davon nicht, aber das ist wohl die Grunderfahrung der akademischen Laufbahn, wo auch immer sie sich gerade befindet). Deshalb musste ich sofort den Namen Enis Maci googeln. Durch den Suhrkamp Verlag weiß ich nun, dass Enis Maci vor allem als Dramatikerin bekannt ist und kürzlich den Essayband vorgelegt hat, aus dem Sie zitieren. Hoffentlich werde ich die Zeit finden, mehr aus dem „Eiscafé Europa“ zu lesen, denn ihr Tonfall ist besonders. Auch wenn Maci wahrscheinlich nicht in einen Zusammenhang mit Peter Handke gerückt werden möchte: Der Auszug, den Sie zitieren, erinnert mich an dessen dra-

matisches Gedicht „Über die Dörfer“, das ich sehr schätze.

Wenn Maci schreibt, dass es notwendig sei, „die Vergangenheit und ihre Bewohner zu studieren, wie man eine Landkarte studiert“, dann trifft das einen Punkt, den Sie aufgenommen haben, indem Sie den Begriff des Mythos weiter diskutieren: Wie ist die Gegenwart (oder die Teile davon, die uns im Moment interessieren, weil wir uns darauf verständigt haben) als eine historisch bedingte Gewordenheit zu verstehen? Der Begriff des Mythos, da scheinen wir uns einig zu sein, bezeichnet einen gleichsam naturalisierten Status: So und nicht anders, so wie immer. Judith Butler hat auf die performative Kraft der Wiederholung in der ‚Zurichtung‘ der Geschlechter hingewiesen. Formen des männlichen wie des weiblichen Habitus, Vorstellungen von männlicher wie weiblicher Identität sind geworden, unzweifelhaft, und werden durch (wiederholende) Praktiken stabilisiert. Sie werden zum Mythos von Männlichkeit, zum Mythos von Weiblichkeit und zum Mythos ihrer Opposition (denn der Mythos ist absolut und gerade deshalb grausam, so beschreiben es Horkheimer und Adorno am Beispiel der „Odyssee“). Keine weibliche Männlichkeit, keine männliche Weiblichkeit, nichts dazwischen, nichts darüber hinaus.

Gleichzeitig ist es aber auch richtig, wenn wir auf die historische Gewordenheit dieses speziellen Mythos blicken, dass er sich verändert hat, dass er also nicht so stabil ist, wie

er behauptet zu sein. Der Mythos von der immergleichen Geschlechterdifferenz ist variierbar und partiell offen(er) geworden. Dazu eine meiner Lektüren der letzten drei Wochen: Hannelore Schlaffer und ihr Buch „Die intellektuelle Ehe. Der Plan vom Leben als Paar“. Schlaffer beschreibt, wie sich die Vorstellung der bürgerlichen Ehe (in der sich das traditionelle Geschlechterverhältnis qua staatlicher Legitimation perpetuiert und manifestiert) im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts durch einzelne Variationen tatsächlich änderte (und letztlich, das ist die Konsequenz, dazu führte, dass heute etwa gleichgeschlechtliche Paare vom Staat als Ehepaare anerkannt werden). Der zur selben Zeit stattfindende Kampf um das Wahlrecht der Frauen und den freien Zugang zu (universitärer) Bildung wird verstärkt durch eine Revolution der Ehe, die als beispielgebendes Vorbild einzelner (damals sehr prominenter) Paare geführt wird.

Die großen emanzipativen Bewegungen der 1920er und 1960er Jahre, das sieht man aus der Distanz, waren erfolgreich, weil die von Diskriminierung Betroffenen ihre Stimme erhoben haben und gemeinsam für gleiche politische Rechte gekämpft haben. Dabei sind sie, wenn ich weiterhin auf die Frauenbewegung des frühen 20. Jahrhunderts blicke, von denen unterstützt worden, die – qua ihrer herrschenden Position – gegen Emanzipation hätten sein müssen: Ohne die Unterstützung durch Männer, so pointiert Hannelore Schlaffer, hätte es keinen Erfolg der Frauen-

bewegung gegeben. Und das ist ja auch genau richtig: Gemeinsam für allgemeine Rechte zu kämpfen.

Allgemeine Rechte sind politische Rechte. Sie ermöglichen und verlangen, dass die Menschen unabhängig ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religionszugehörigkeit gleiche Rechte haben. Niemand darf, so hält es das Grundgesetz fest, aufgrund der genannten (und weiterer) Merkmale und Praktiken von allgemeinen Rechten (das Recht auf Meinungsfreiheit, das Recht auf Bildung, das Recht auf Versammlung, und und und) ausgeschlossen werden. Geschieht es doch – und es geschieht weiterhin viel zu oft – ist das Diskriminierung. Allgemeine Rechte wirken immer auch symbolisch, sie gehen aber weit über die Ebene kultureller Symbole hinaus, weil sie einen allgemeinen Rechtsanspruch definieren, nach dem sich Politik und Gesetz grundsätzlich richten müssen.

Wenn ich diese Beispiele dafür nutze um zu definieren, was ich unter (Anti-) Diskriminierung verstehe, dann bewege ich mich weiterhin im Kontext unserer Ausgangsfrage: Was steht eigentlich zur Disposition? Wo sind die zentralen Begriffe, die unterschiedlich verstanden und benutzt werden? Es wird mir klar, und das ist ein erstes Ergebnis unseres Gesprächs und vielleicht sogar so etwas wie ein dialogischer Erfolg, dass wir Diskriminierung (und die entsprechenden Handlungsfolgen, die diese Praxis verhindern sollen) unterschiedlich verstehen. Wir – und dieses Wir

meint erst einmal nur: Sie und ich – haben unterschiedliche Begriffe von Diskriminierung. Als ich Sie in meinem ersten Brief gefragt habe, ob Sie mir konkrete Diskriminierungserfahrungen (als Studentin auf der Domäne) schildern möchten, war ich gespannt, welche Momente dies sein würden. Lese ich Ihren zweiten Brief, muss ich sagen: Sie haben keine Diskriminierungserfahrungen gemacht. Ich schreibe das so pointiert, damit die Grenzen unserer Verständigung sichtbar werden, denn wir haben uns ja nicht dazu verabredet, Einvernehmen zu erzeugen, sondern wir wollen Unterschiede, so sie denn bestehen, auch kenntlich machen (bei gleichzeitigem Respekt für die je andere Position).

Sie schreiben, soweit ich sehe, von drei Feldern, in denen Sie Diskriminierung erleben, bzw. den Begriff anwenden würden. Zum einen in Form einer Selbstkritik an Ihrer eigenen Sprecherposition als Weiße, privilegierte Frau, die die Möglichkeit hat (vom Staat oder der Familie finanziell unterstützt), drei bis fünf Jahre ihres Lebens zu studieren und dabei an ganz vielen Stellen maximale Sicherheit zu genießen. (Weder Sie noch ich müssen uns im Moment dieser Krise Sorgen machen, wie wir den nächsten Einkauf finanzieren. Stattdessen sitzen wir an unseren Schreibtischen und denken über Begriffe nach.) Dann taucht der Begriff im Kontext habitueller Markierung von männlicher Dominanz in Seminaren an der Domäne auf. Wenige Männer sprechen lauter, wichtigtuerischer und

öfter als die vielen Frauen in Seminaren, auf Partys oder in vergleichbaren Zusammenhängen Ihres Alltags. Die wenigen Männer bekommen öfter Hilfskraftstellen, werden öfter inkludiert, werden schneller Teil einer informellen Gruppe von Insidern. Drittens sehen Sie Diskriminierung auch gegeben in der Auswahl von Literaturlisten oder Kanones, die männlich und eurozentristisch dominiert sind sowie, ich verbinde diese Punkte, in zu vielen fiktionalen Texten, die zu oft voller sexistischer, rassistischer, homophober und vergleichbar diskriminierenden Positionen sind. All das sind wichtige Punkte, aber für mich nicht immer und gleichsam automatisch Beispiele für Diskriminierung.

Denn Selbstkritik ist selbst ein Privileg (oder, wie es Harald Schmidt einmal ausdrückte: Ironie muss man sich leisten können). Deswegen klingt eine Sprecherposition, die betont, dass sie aus einer privilegierten Position heraus spricht, in meinen Ohren oft so schal. Diese Position verbindet zwei Momente, die ich gerade nicht als anti-diskriminierend bezeichnen würde. Sie verbindet, zugespitzt formuliert, Macht mit Ohnmacht. Die Macht, selber zu entscheiden, ob man sich als privilegiert erklärt (und die Macht, selber zu entscheiden, dass man es sei) mit der Ohnmacht eines Opferstatus'. Deswegen kommt diese Sprecherposition auch ohne die Anwesenheit Nicht-Privilegierter Personen aus. Sie kann sich im privilegierten Raum (der Domäne zum Beispiel) sehr gut entfalten.

ten, denn sie ist nach innen gerichtet. In den akademischen Raum hinein, nicht in den politischen Raum hinaus. Der sich selbst verliehene Opferstatus ist interessant, weil sich darin eine Bewegung spiegelt, die die Identitätspolitik der letzten zwanzig Jahre durchzieht. Der Opferstatus wird zum Kern eigener Identität gerade bei denen, die keine Opfer sind. (Selbst-) Viktimisierung wird zur Regel, nicht zur Ausnahme. Damit aber erlangt diese Position vor allem moralische Autorität und damit erneut: Macht.

Der Fachbereichsbarometer war, daran halte ich argumentativ fest, ein moralisches Tribunal (und in diesem Sinne über-emotionalisiert). Der institutionellen Autorität der Professorenschaft wurde die moralische Autorität der Studierenden entgegengesetzt, die sich als Opfergruppe äußerten: Opfer struktureller Diskriminierung. Deswegen habe ich den Fachbereichsbarometer als einen punktuellen Machtkampf um Deutungshoheit verstanden. Welche Autorität zählt mehr: institutionelle oder moralische? Ich finde, und das habe ich schon geschrieben, Machtkämpfe um Deutungshoheit prinzipiell weder falsch noch gefährlich. Diejenigen, die moralische Autorität behaupten, haben das Recht gegen institutionelle Autorität anzugehen, anzuarbeiten. Und umgekehrt. Zwei andere Punkte sind mir wichtiger: Erstens, die allgemeine Frage, ob die Universität (als Institution) ein Ort der Moral sein sollte (hier wären meines Erachtens safe spaces, trigger war-

nings etc. mitzudenken) und was das für Folgen hat. (Ich bemerke zum Beispiel, dass die Fähigkeit sachliche Kritik nicht persönlich zu nehmen, deutlich abgenommen hat. Sachorientierte Kritik aber ist der zentrale Baustein akademischer Lehre.) Und zweitens ist mir die ganz konkrete Frage wichtig, was diese Inthronisierung moralischer Autorität Einzelner (Studierender) für die Vielzahl der Studierenden bedeutet. Was sagen Sie denjenigen, die gar nicht daran interessiert sind, über strukturelle Diskriminierung nachzudenken, ihre privilegierte Sprecherposition nicht einzuräumen, weil es sie vielleicht nicht betrifft, nicht interessiert oder sie ganz anderer Meinung sind? Und umgekehrt: Erleben Sie es häufig, dass sich zwischen Studierenden ein offenes Gespräch, am besten ein intellektuelles Streitgespräch, über die Frage, was Diskriminierung sei, entwickelt? Wie schätzen Sie es ein: Haben Studierende alle Freiheiten, um in Seminaren zu behaupten, die Domäne sei sehr wohl ein diskriminierungsfreier Raum? Was würde passieren?

Das scheint mir ein entscheidender Unterschied zwischen den beiden hier verkürzt dargestellten Machtpositionen zu sein: Institutionelle Autorität kann man gemeinsam stürzen (das ist nicht leicht, aber möglich und die Geschichte der Universität ist voller Beispiele dafür), moralische Autorität ist absolut.

Liebe Frau Wyss, es ist der Maifeiertag und ich breche hier ab, auch wenn ich noch nichts zu den beiden letztgenannten Punkten geschrieben habe. Ich will sehen, was die Familie macht, die plötzlich Tag und Nacht zusammen ist. Aber ich bin mir sicher, wir kommen auf diese Fragen zurück: Ich freue mich auf Ihre Antwort.

Viele Grüße,

Stefan Krankenhagen

18. Mai 2020

Lieber Herr Krankenhagen,

ich muss gestehen: ich habe ein wenig Zeit gebraucht, um zu antworten und das nicht nur, weil ich gerade parallel versuche meine Bachelorarbeit zu schreiben, dabei das Gefühl habe, aufgrund des begrenzten Zugriffs auf Literatur das wissenschaftliche Arbeiten ad absurdum zu führen: als experimentelles Konstrukt aus Theorien und Texten, als Zusammenbauen des zur Verfügung Stehenden, sich zur Verfügung Gemachten, ein manchmal gewagtes Aufeinandersetzen und Abwägen, ein Hoffen, dass alles hält, dass nichts auseinanderfällt, irgendwann ein kurzes Zurückkommen, Runterklettern, Umgebung Feststecken, ein Schwanken zwischen: ich muss noch weiter hinaus und: es muss nur eine*r ein wenig dagegen stoßen und ich fange von Neuem an, ein kleiner Adrenalin-Kick bei dem Gedanken an das Szenario: dass alles wieder von vorne losgehen könnte und eigentlich müsste, jedes Weiterschreiben selbst wieder überschrieben werden sollte.

Es hat also ein wenig Zeit gebraucht, um wieder wegzukommen von meinem Konstrukt der Bachelorarbeit und den Kopf frei zu bekommen für unseren Briefwechsel. Es hat auch ein wenig Zeit gebraucht, weil ich beim Lesen Ihres Briefs plötzlich ein Wanken wahrgenommen habe: eines, das an der Vorstellung rüttelt, zu einer grundlegenden Übereinstim-

mung zu finden. Wie Sie in Ihrem ersten Brief beschreiben, dass Sie ganz klar ausmachen können, welcher Satz Sie getroffen hat, ein *punctum*, wie Sie es nennen, kann auch ich in Ihrem letzten Brief den Auslöser für die von mir wahrgenommene Erschütterung eindeutig lokalisieren. Sie deuten schon an, dass Sie pointiert formulieren als Sie schreiben: „Sie haben keine Diskriminierungserfahrungen gemacht [...]“. Ich habe den Satz gelesen und geschwankt zwischen dem Bedürfnis, innezuhalten und dem, unbedingt schnell weiter zu lesen, mich letztendlich für eine Mischung aus beidem entschieden: ich hielt kurz inne, um dann schnell weiterzulesen. Sie schreiben, dass eine als privilegiert markierte Sprecher*innenposition ein Moment der Macht mit dem der Ohnmacht verbinde, wenn über Diskriminierungserfahrungen gesprochen werde, einen Opferstatus suggeriere, der zum Kern eigener Identität gemacht werde. Ich habe diesen Abschnitt gelesen und mich gefragt: was ist das dann für eine Macht, die Diskriminierungserfahrungen abspricht?

Diskriminierung für Sie, so wie ich es in Ihrem Brief verstanden habe, bezieht sich auf einen Ausschluss von allgemeinen Rechten im Sinne des Grundgesetzes. In meinem letzten Brief habe ich den Begriff der strukturellen Diskriminierung schon versucht auszuführen, mit persönlichen Erfahrungen in Verbindung zu bringen und als Spektrum aufzuzeigen, in welchem sich verschiedene Diskriminierungsformen überlagern kön-

nen, deren Ursachen niemals dieselben sind, deren Gegenstrategien daher immer intersektionale sein müssen. Mir ist bewusst, dass ein Ausschluss von politischen Grundrechten eine ganz andere Dimension von Diskriminierung annimmt als dies diskriminierende Alltagserfahrungen, wie ich Sie auf Ihre Frage hin beschrieben habe, tun. Ich fühle mich nicht wohl in der Position, aus der heraus ich gerade schreibe. Ich hatte eigentlich geplant, in diesem Briefwechsel möglichst weit weg zu kommen von meiner eigenen Position, mein Anliegen war es primär, ein Gespräch über Diskriminierung an der Domäne zu eröffnen und dabei klar zu markieren, dass ich mir der eigenen Position und der damit einhergehenden Privilegien bewusst bin, das Erkennen dieser gerade die Weiterführung eines Gesprächs zur Folge haben muss. Als Sie nach meiner Diskriminierungserfahrung fragten, war ich bereits ein wenig irritiert, da ich dachte, wir seien über diesen Punkt eigentlich schon hinaus, habe dann aber überlegt: dass dieser persönliche Ansatz der Briefform in ihrem gegenseitigen sich einander berichtenden oder erzählenden Moment vielleicht gerecht wird. Es hat mich Überwindung und Zeit gekostet, die Erfahrungen überhaupt erst im Rahmen einer strukturellen Ungleichheit wahrzunehmen. Dass ein Satz den Zusammenhang selbst nun grundlegend zu negieren versucht, zeigt, wie tief dieser in seinem strukturellen Moment doch eigentlich greift.

Ich glaube, unsere Auffassungen von Diskriminierung gehen zu weit auseinander, als dass wir jemals einen Konsens in der Auslegung des Begriffs erreichen könnten. Wir setzen auf zu unterschiedliche Grundskizzen und Verständnisformen, welche sicherlich auch durch unsere bisherigen Erfahrungen und Umfelder geprägt sind, nicht zuletzt bestimmt Teil eines sogenannten Generationenkonflikts sind. Dazu gehört scheinbar auch die Vorstellung des universitären Raums per se. Ich denke: die Universität als akademischer Raum ist nicht vom politischen trennbar, so wie Sie dies suggerieren. Die Vorstellung eines in sich abgeschlossenen, universitären Orts reiht sich meiner Meinung nach ein in eine Vorstellung eines exkludierten akademischen Corpus, einer, der sich wegbewegen kann von einem gesellschaftlichen, der vorgibt, zu beobachten, wenn alles, was er doch eigentlich tut, ist, sich aus dem Innern eines gesellschaftlichen Corpus herauszuschälen – gerade in Bezug auf die kulturwissenschaftlichen Studiengänge an der Domäne. Das ist für mich wieder ganz klar verbunden mit einer vermeintlichen Universalität, mit einer als neutral markierten wissenschaftlichen Position, die andere Positionen als eben jene andere markiert, die Grenzen der eigenen Position dabei ins Unkenntliche zu bringen versucht und hinsichtlich einer Institution, wie die Universität sie ist, jenen naturalisierten Status suggeriert, den Sie in Bezug auf Butlers *Gender Trouble* aufgreifen. Wird nicht ge-

rade an der Domäne, nach den vielen *turns* der Sprach- und Gesellschaftswissenschaften des letzten Jahrhunderts, der Schritt gewagt, Ästhetische Praxis mit dem Begriff der Wissenschaft in Verbindung zu bringen; wird nicht in dieser Überlagerung versucht das, was Gramsci *Alltagsverstand* nennt, später im Kontext kultureller Hegemonie und institutioneller, auch universitärer, Konsensetablierung aufgegriffen wird¹, in Bewegung zu bringen – in eben dieser Überschneidung von Kultur und Politik, von Kunst und Wissenschaft?

„Kultur ist aus dieser Warte also immer auch der Schauplatz eines politischen Konflikts um Bedeutung, zumal gerade dasjenige, was angeblich unpolitisch und somit *natürlich* sein soll, zu seiner dogmatischen Durchsetzung einer permanenten politischen Intervention bedarf [...]“², heißt es in Angelo Maiolinos Auseinandersetzung mit dem Hegemoniebegriff an anderer Stelle. Auch in ökonomische Richtung gedacht, wie Isabell Lorey dies mit dem Begriff des kognitiven Kapitalismus beschreibt, kann die Universität nicht abseits eines marktwirtschaftlichen Systems betrachtet werden. Ich bestreite nicht: das Spektrum des Politischen ist ein breites, es gibt Unterscheidungen zwischen einem künstlerischen Schaffen und der Ausübung politischer Ämter in diesem. Ich glaube aber auch: zwischen diesen beiden Formen des Politischen sind Trennungen nicht immer so einfach zu vollziehen, es sind die Nuancen des Politischen, die es zu untersuchen gilt – als Herausarbeiten der äs-

thetischen Dimension des Politischen sowie der politischen der Kunst, als Möglichkeit der Schaffung künstlerischer gegenhegemonialer Projekte im Sinne einer agonistischen Intervention, wie Chantal Mouffe sie beschreibt³, als Nachzeichnen des bestärkenden Moments dieser Abstufungen, Stichwort: *private is political*, vor allem: als Erkennen und Bekämpfen des verletzenden Elements der im Alltag verankerten Diskriminierungsformen. Wenn, und das würde ich jetzt einfach einmal als unser beider Ausgangspunkt annehmen, Diskriminierung Teil der jetzigen Gesellschaftsstrukturen ist, muss auch der universitäre Raum als ein von Diskriminierung betroffener betrachtet werden. Das sollte, um weiter mit Mouffe zu sprechen, unser konflikthafter Konsens sein, von welchem aus sich multiple Ansätze einer Antidiskriminierungsarbeit entwickeln lassen.

Gesellschaftsstrukturen ändern sich. Hier würde ich, nicht zuletzt aufgrund des gemeinsamen kulturwissenschaftlichen Ansatzes, unsere Übereinstimmung bezüglich gesamtgesellschaftlich vorherrschender Diskriminierungsverhältnisse noch einen Schritt weiter führen und eine Affirmation dieser Behauptung konstatieren. Für mich bedeutet eine solche Beobachtung in Weiterführung, dass auch das Verständnis von Diskriminierung ein bewegliches bleibt. „Aus der historischen Erfahrung ist vielmehr zu lernen, dass es sich bei der Entwicklung des Diskriminierungsverständnisses um einen prinzi-

piell unabschließbaren Lernprozess handelt [...]“⁴, heißt es in der Definition der Antidiskriminierungsarbeit bei der *Bundeszentrale für politische Bildung*. Weiter wird dort, über eine gesetzlich verankerte Antidiskriminierungsarbeit hinaus, für ein Verständnis von Antidiskriminierungsarbeit als gesellschaftliche Programmatik plädiert und in folgenden Punkte angeführt:

„Erstens gilt es als unverzichtbar, nicht nur wirksame rechtliche Sanktionen gegen Diskriminierung zu verankern, sondern auch ein gesellschaftliches Problembewusstsein zu stärken – etwa dadurch, die Thematik in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, Ausbilderinnen und Ausbildern, Juristinnen und Juristen und weiterer Berufsgruppen, im schulischen Unterricht und der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung sowie durch politische Kampagnen zu verankern. Denn die faktische Durchsetzbarkeit von rechtlichen Vorgaben hat zur Bedingung, dass sie gesellschaftlich als legitime und sinnvolle Vorschriften betrachtet werden.

Zweitens wird die verbindliche und überprüfbare Verankerung von Antidiskriminierungskonzepten in Organisationen eingefordert, etwa durch Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Einrichtung von Beschwerdestellen, anonymisierte Verfahren der Bewerberauswahl, Formen des Monitoring von Gleichstellungsmaßnahmen sowie die Implementierung von Diversity-Konzepten.

Drittens gilt das Empowerment der Betroffenen als ein weiteres wichtiges Element, so durch ihre

*Aufklärung über die rechtlichen Möglichkeiten und ihre Unterstützung durch qualifizierte Beratungsstellen [...]*⁵

Sie schreiben, der Zugang zur Universität war wichtiger Teil der Frauenbewegung der 20er und 60er Jahre. Sie schreiben auch, dass dies ohne Männer nicht möglich gewesen wäre, da sie eine Position der Macht inne hielten. Dem stimme ich zu. Es braucht die Unterstützung jener, die aus einer, wie Sie schreiben, herrschenden Position heraus handeln, um Veränderungen durchsetzen zu können. Es braucht sie noch immer. Die Frauenbewegung hat noch lange keine Gleichberechtigung erreicht. Und die Frauenbewegung ist nur eine Bewegung von vielen, die gegen Ungleichheit kämpft. „Um den Prozess der Selbstbemächtigung zu beginnen, bedarf es der Bewusstwerdung der eigenen Möglichkeiten zur Überwindung der machtarmen Position [...]“⁶, schreibt Nuran Yiğit, Leiterin des Antidiskriminierungsnetzwerks Berlin *TBB*. Das bedeutet damit immer auch: die eigene machtarme Position muss als solche beschrieben werden. Die Zuweisung eines Opferstatus will an dieser Stelle eine Diskussion beenden, wo sie eigentlich beginnen sollte. Svenja Goltermann, Herausgeberin des Online-Magazins *Geschichte der Gegenwart* und Professorin für Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich schreibt in Bezug auf den Vorwurf einer Deklaration des Opferstatus um Autorität und Aufmerksamkeit willen von der Gefahr, die eine solche Opferaversion be-

inhalte: davon, dass „viele Leiden gar nicht mehr zur Sprache gebracht [würden][...]“.⁷

Sich selbst als Opfer zu bezeichnen, auf sich als solches aufmerksam zu machen oder als Opfer bezeichnet zu werden, stellt für mich dabei einen wichtigen Unterschied dar. Ersteres hat einen reduzierenden Charakter, letzteres kann empowerndes Moment beinhalten. Ich habe mich selbst nicht als Opfer beschrieben, ich fühle mich nicht wohl dabei, eine Opferrolle zu deklarieren, wenn ich von Erfahrungen, die auf Ungleichheit an der Universität basieren, erzähle. Ich würde eher den Begriff einer *betroffenen* Person im Hinblick auf die von mir erlebte Diskriminierung aufgrund von Geschlecht oder sexueller Orientierung anführen. Sie jedoch verweisen auf die von mir eingenommene Opferrolle, die moralische Autorität suggeriere, die zum „Kern eigener Identität“ werde. Maggie Nelson schreibt – und ich zitiere das an dieser Stelle mit derselben Intention zu pointieren: „Die Sprecherin oder den Sprecher als *im Identitären verhaftet* zu bezeichnen fungiert dann als eine effektive Entschuldigung, nicht zuzuhören und selbst wieder die Sprecherrolle zu übernehmen [...]“.⁸ Ich frage mich also: was ist das für eine moralische Autorität, die eine Zuschreibung als Opfer vornimmt?

Sie sprechen von einem Anspruch auf Moral, wo ich versuche auf Ungleichheit aufmerksam zu machen. Ich denke, es ist problematisch, diese Position auf eine moralische zu reduzieren, institutionelle von mo-

ralischer Autorität zu trennen. Basiert nicht das für jede Institution, für jede Person geltende und staatlich garantierte Grundgesetz auf einem moralischen Grundsatz? Ich sage nicht: wir müssen hier das Moralische des Grundgesetzes herausarbeiten. Nicht in diesem Briefwechsel. Ich sage aber: anderen eine Opferrolle mit vermeintlichem Anspruch auf moralische Autorität zuzuweisen wirkt vor allem da ermüdend oder stagnierend, wo es gerade weitergehen könnte. Es steckt immer schon ein Entopfern in der Selbstbezeichnung des Opfers, sagt die Autorin und Kolumnistin Margarete Stokowski.⁹ Ich sage weiter: es steckt immer auch ein Entmachten in der Zuschreibung von Machtanspruch, wenn dies aus einer Position heraus geschieht, die historisch gesehen eine machtvollere ist.

Stokowski zitiert in ihrer Auseinandersetzung mit dem Begriff des Opfers das in Simone de Beauvoirs zweiten Teil des *Das Andere Geschlecht* vorangestellte Zitat Sartres: „Halb Opfer, halb Mitschuldige, wie wir alle [...]“¹⁰ und plädiert für eine ambivalente Sichtweise: „Alles, was wir erleben, hat damit zu tun, dass wir immer beides sind: Subjekt und Objekt [...]“¹¹ Ist in diesem Sinne die Zuschreibung von Opferschaft nicht immer auch eine Verteidigung der Opferschaft selbst? Geschieht diese nicht aus einer höchst subjektiven Position heraus, die das Anliegen der als Opfer deklarierten Person auf eine Subjektivität zurückzuweisen versucht? Sie merken: ich denke, der Begriff des Opfers ist ein heikler.

Gerade weil er von rechts zunehmend instrumentalisiert wird. Eine solche Instrumentalisierung entlarve sich immer schon da, wo Objektstatus eingefordert und gleichzeitig polemisiert wird, meint Stokowski. Jonas Fedders beschreibt bezüglich einer im rechten Spektrum häufig beobachtbaren Täter-Opfer-Umkehr die Strategie der Neuen Rechten als eine schrittweise Vereinnahmung der oben genannten kulturellen Hegemonie, weist dabei auf subtile Verschiebungen von Normen- und Wertvorstellungen hin.¹² Wenn der zivilgesellschaftliche Bereich, die gesellschaftliche Mitte, wie Fedders beschreibt, die kulturellen Symbole, wie Sie schreiben, also verschoben werden, zeigt das zunächst einmal: auch die sogenannte Mitte ist nur ein Konstrukt. Und: es muss genau dort angesetzt werden, um einer Verschiebung des sogenannten vorpolitischen Raums nach rechts entgegenzuwirken. Das beinhaltet für mich eben jene „Neuvermessung des Politischen“, ein Herausstellen des Politischen des Vorpolitischen, das Rebecca Gulowski ausführt als „Entwicklung von Kategorien, die über das Täter-Opfer-Schema hinausgehen [...], die Beschreibung von sozialen Positionierungen und die Entwicklung von Sprache und Erzählweisen, die ein Verständnis für die Zusammenhänge zwischen sozialen Unterschieden und anhaltender sexualisierter Gewalt schaffen [...]“.¹³ Gulowski bezieht dies in ihren Ausführungen auf eine Bekämpfung sexualisierter Gewalt, ich würde dies an dieser Stelle auf jegliche Form der

Gewalt und Diskriminierung ausweiten. Das heißt nicht, dass es nicht mehr darum gehen soll, für allgemeine politische Rechte für alle zu kämpfen, im Gegenteil: es muss darum gehen, für allgemeine politische Rechte für alle zu kämpfen – auf allen Ebenen. Es geht darum, Diskriminierung in jeder Form entgegenzutreten, es reicht nicht zu sagen: es geht noch schlimmer.

Sie sagen: Selbstkritik ist ein Privileg. Dem stimme ich voll und ganz zu. Weiter zitieren Sie Harald Schmidt: Ironie muss man* sich leisten können. Auch daran zweifle ich nicht. Ich denke, es passiert schnell, dass bei Ironie als Selbstkritik die Kritik vor lauter Selbstvergangen wird. Ich glaube aber auch an Ironie als Bewältigungsstrategie. Sie kann verunsichern, nicht zuletzt weil sie so sehr Haltung ist und dabei jede Haltung negiert. Hier kommt es für mich wieder darauf an, aus welcher Haltung, aus welcher Position heraus das geschieht: aus einem von oben Herab, aus einer vermeintlichen Mitte heraus? Selbstkritik ist ein Privileg. Ihr wohnt eine Macht inne, wie Sie schreiben, „selber zu erklären, ob man sich als privilegiert erklärt [...]“. Ich glaube gleichzeitig aber an die Macht, die entsteht, sobald die eigene Macht der Privilegien erkannt ist. Es ist eine, die notwendigerweise Handlung impliziert. Es ist eine, die für einen moralischen Pluralismus plädiert, die den Opferstatus jener anerkennt, die historisch als nicht anspruchsberechtigt gelten, wie Kate Manne in *Down Girl: Die Logik der Misogynie* be-

schreibt¹⁴, eine, die in jeder sachorientierten Kritik immer auch den Aspekt des moralischen ausfindig macht. Sie kann, so Gulowski, „[d]urch eine verstärkte (Selbst-) Reflexion in den Seminaren [...] Solidaritäten und Allianzen [...] entwickeln [...]“¹⁵, Lehre verstehen als eine, „die auch selbst empoweren und lehren zu empoweren [kann] [...]“¹⁶. Und, weil auch der Begriff der Solidarität dabei nicht Selbstzweck werden darf: eine, die ständig daraufhin befragt wird, wer zu dem *Alle* gehört, für das Solidarität gelten soll, im universitären Kontext und darüber hinaus – gerade jetzt, da die postulierte Solidarität in Corona-Zeiten einmal mehr in ihrer Begrenztheit als Kontinuität einer deutschen Tradition hervortritt, als Solidarität, die sich „in den engen Grenzen entfaltete, die Nationalismus, Kapitalismus und Rassismus ihr hierzulande wie anderswo ziehen [...]“¹⁷, wie der Publizist und Lyriker Max Czollek in einem kürzlich erschienenen Artikel beschreibt.

Sie fragen, inwiefern die Domäne ein Ort sei, an dem Studierende die Möglichkeit haben, zu behaupten, der Campus sei ein diskriminierungsfreier Raum. Die Frage sollte doch aber lauten: inwiefern haben von Diskriminierung betroffene Studierende die Möglichkeit zu behaupten, der Campus sei *kein* diskriminierungsfreier Raum? Warum erkennt man* die Aussage von Betroffenen nicht erst einmal als solche an, warum setzt man* nicht bei einer Frage an sich selbst, der Hinterfragung eigener Privilegien an, wenn Diskrimi-

nierungserfahrungen geäußert werden? Ich denke: theoretisch kann jede*r behaupten, der Campus sei ein diskriminierungsfreier Raum. Es kostet Überwindung, sich an der Domäne kritisch zu äußern, egal in welcher Hinsicht. Ich würde behaupten: an der Domäne gibt es eine bestimmte Sprechweise, einen Duktus, an den man* sich zunächst einmal gewöhnen muss, der oftmals alles andere als niedrigschwellig ist. Daran muss gearbeitet werden und kann sich, wie ich finde, gerade im ästhetisch- wissenschaftlichen Hybrid der kritischen Praxis entfalten. Gegen Ungleichheiten muss gleichzeitig angegangen werden, es kann nicht das eine Anliegen präferiert werden. Das muss daher auch heißen: es muss gleichzeitig um ein *Wie* des Sprechens über Diskriminierung als auch um ein *Worüber* gehen, das *Wie* des Sprechens darf nicht als moralisches deklariert werden und dabei das *Worüber* verdrängen.

Dieser Brief war wieder ein langer, das war keineswegs so geplant. Ich muss gestehen: ich weiß nicht wie wir weiter verfahren wollen. Ich habe das Gefühl, wir kommen nicht weiter. „Wir – und dieses Wir meint erst einmal nur: Sie und ich – haben unterschiedliche Begriffe von Diskriminierung [...]“, schreiben Sie. Sie sind an der Universität in einer Position, in der Sie Entscheidungskraft über bestimmte Anliegen haben, die Studierende als auch Dozierende betrifft – ich möchte an dieser Stelle keineswegs die Entscheidungskraft an sich infrage stellen. Ich denke aber, unser

Dialog bisher hat gezeigt: es ist unumgänglich, dass wir weiterhin im Gespräch bleiben. Über eine Aushandlung unserer Definitionen, aber auch, wenn es um eine konkrete Arbeit ausgehend von einer Antidiskriminierungsprämisse geht. Damit meine ich nicht, dass wir auf unbestimmte Zeit Briefe schreiben, ich werde nicht mehr allzu lang in Hildesheim sein, muss mich dem lockeren Gerüst meiner Bachelorarbeit widmen. Wie also können wir es schaffen, dass alle Mitarbeitenden am Fachbereich II, dass das Dekanat, die Lehrenden- sowie Studierendenschaft künftig im Austausch bleiben, enger zusammenarbeiten? Wie können beide Auffassungen von Diskriminierung und dementsprechend unterschiedliche Ansätze für Antidiskriminierungsarbeit bei Entscheidungen berücksichtigt werden?

Ich würde diese Fragen hier ans Ende stellen und damit versuchen, den Dialog in eine andere Richtung, weg von der Auslegung unserer Begrifflichkeiten, hin zu konkreteren Maßnahmen trotz unterschiedlicher Grundauffassung zu lenken. Ich würde für die Ausarbeitung dieser daran festhalten, dass sowohl Ihre als auch meine Definition von Diskriminierung immer neben anderen erscheinen muss, niemals allgemeingültige sind. Dass zukünftige Entscheidungen auf der Diversität und Unabgeschlossenheit des Begriffs basieren, dass von Diskriminierung betroffene Personen nicht ständig die eigenen Diskriminierungserfahrungen ausbreiten müssen, um

überhaupt erst über Diskriminierung sprechen zu können, dass eine Diskussion nicht ständig die Erklärung des eigenen Opferstatus fordern kann. Damit auch: dass erst einmal nicht an der Aussage von Diskriminierungserfahrungen von Betroffenen gezweifelt wird. Nur so, denke ich, können wir die Schaffung eines diskriminierungsfreien Umfelds an der Domäne weiterverfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Leonie Lorena Wyss

-
- 1 Vgl. Maiolino, A.: *Politische Kultur in Zeiten des Neoliberalismus. Eine Hegemonieanalyse*, transcript Verlag, 2014, Bielefeld, S. 180
 - 2 Ebd., S. 32
 - 3 Vgl. Mouffe, C.: *Agonistik. Die Welt politisch denken*, edition suhrkamp, Berlin, 2014, S. 136
 - 4 Scherr, A.: *Diskriminierung/Antidiskriminierung – Begriffe und Grundlagen*, Bundeszentrale für politische Bildung, Artikel vom 26.02.2016, <https://www.bpb.de/apuz/221573/diskriminierung-antidiskriminierung-begriffe-und-grundlagen?p=0> (letzter Zugriff 16.05.2020)
 - 5 Ebd.
 - 6 Yiğit, N.: *Empowerment in der Antidiskriminierungsberatung*, Heinrich Böll Stiftung, Artikel o.J., <https://heimatkunde.boell.de/de/2013/05/01/empowerment-der-antidiskriminierungsberatung> (letzter Zugriff 16.05.2020)
 - 7 Goltermann, S.: *Opferaversion. Über eine gefährliche Diskursverschiebung*, Geschichte der Gegenwart, Artikel vom 16.10.2016, <https://geschichtedergegenwart.ch/opferaversion/> (letzter Zugriff 16.05.2020)
 - 8 Nelson, M.: *Die Argonauten*, Hanser Verlag, 2015, Berlin, S. 72
 - 9 Vgl. Stokowski, M.: *Interview mit Margarete Stokowski und Harald Welzer. Wie das Sprechen als Opfer befreiend wirkt*. Moderation von Stephanie Rohde, Beitrag vom 25.03.2018, https://www.deutschlandfunkkultur.de/interview-mit-margarete-stokowski-und-harald-welzer-wie-das-2162.de.html?dram:article_id=413946 (letzter Zugriff 17.05.2020)
 - 10 Vgl. Stokowski, M.: *Heute ein Opfer*, S.P.O.N. – Oben und unten, Kolumne vom 11.02.2016, SPIEGEL online, <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/feminismus-und-opfer->

- kolumne-von-margarete-stokowski-a-1076835.html (letzter Zugriff 18.05.2020)
- 11 Stokowski, M.: *Interview mit Margarete Stokowski und Harald Welzer. Wie das Sprechen als Opfer befreiend wirkt*
- 12 Vgl. Fedders, J.: *Kulturrevolution von rechts. Dis Diskursstrategien der Neuen Rechten* IN: Berendsen, E./Rhein, K./Uhlig, T. (Hg.): *Extrem Unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts*, Verbrecher Verlag, 2019, Berlin, S. 216 ff.
- 13 Gulowski, R.: *Zwischen Entfremdung und Empowerment: Zur Thematisierung sexualisierter Gewalt in der Hochschullehre* IN: FEMINAPOLITICA: Zeitschrift für Feministische Politikwissenschaft, Ausgabe 2|2019, S. 179
- 14 Vgl. Manne, K.: *Down Girl. Die Logik der Misogynie*, Suhrkamp Verlag, 2019 Berlin, S. 371
- 15 Gulowski, R.: *Zwischen Entfremdung und Empowerment*, S. 179
- 16 Ebd.
- 17 Czollek, M.: „Wir sind Schutzmaske“, Artikel vom 08.05.2020, Berliner Zeitung, <https://www.berliner-zeitung.de/zeitenwende/wir-sind-schutzmaske-li.82945> (letzter Zugriff 18.05.2020)

02. Juni 2020

Liebe Frau Wyss,

In der Hildesheimer Zeitung (wie in allen anderen Zeitungen im Moment) steht heute ein langer Artikel über die Proteste in den USA und wörtlich wird dort von dem strukturellen Rassismus gesprochen, der unter anderem durch den diskursiven wie handlungsleitenden Rassismus des Präsidenten zu einer Verzweiflung führt, die sich, wenn auch nicht nur, durch Gewalt Gehör verschaffen muss. Opfer und Täter sind im Fall der Ermordung von George Floyd durch Derek Chauvin klar zu benennen und sie weisen über diese beiden Personen auf die gesellschaftlichen und politischen Strukturen hinaus, die Rassismus ermöglichen. Es zeigt sich, dass unser Gespräch und unser Ringen um Verständigung überall Gegenwart erzeugt, bzw. von dieser affiziert ist. Das macht es allerdings auch schwierig, denn Begriffe sind selbst ein machtvoller und widersprüchlicher Akteur im Feld des Phänomens, das sie greifen wollen. Deshalb bin ich auf eine gewisse Weise nicht unglücklich darüber, dass wir zu keiner übereinstimmenden Definition des Begriffs der strukturellen Diskriminierung kommen; wir bekommen also keinen eindeutigen Zu-Griff. Aber natürlich gibt es die Übereinstimmung zwischen uns, dass ein unterschiedlicher, vielfältiger Umgang mit Begriff und Praxis der Diskriminierung immer wieder nötig ist.

Sie nehmen völlig zu Recht an, dass wir uns einig sind in der Beobachtung, dass „auch der universitäre Raum als ein von Diskriminierung betroffener betrachtet werden [muss]“. Es unterscheidet uns – oder wir bemühen uns im Moment um diese Unterscheidung – wie darauf reagiert werden kann. Aber ganz so sehr unterscheiden wir uns dann doch nicht: Wir reagieren beide mit dem Bedürfnis nach einem Gespräch, mit dem Wunsch, uns darüber auszutauschen. Das halte ich, gerade was den ‚Ort der Universität‘ betrifft, für eine absolut angemessene und wichtige Reaktion. (Das ist für mich auch das Politisch-Sein oder Politisch-Werden dieses Ortes: Konflikte nicht durch Eindeutigkeit zu lösen, sondern im Gespräch permanent offen zu halten.)

Danke Ihnen für Ihre Offenheit bezüglich des „punctums“, das Sie durch meinen letzten Brief getroffen hat. Ihre Reaktion löst in mir den Eindruck aus, als wenn Sie unser Gespräch hier – unseren schriftlichen Dialog – als potentiellen Machtkampf lesen würden. Falls das so wäre, würde es mich irritieren. Denn abgesehen von der unhintergehbaren Tatsache, dass es im sozialen Raum keinen Nullpunkt der Macht geben kann, haben wir alles dafür getan, dass Sie keinen Nachteil und ich (als der formal Mächtigere) keinen Vorteil aus diesem Briefwechsel haben werden. Alles, was wir hier zusammentragen, ist ein freier Austausch von Gedanken und Überzeugungen. Es gibt keine Note auf dieses Gespräch, ich bin nicht der Prüfer Ihrer Bachelor-Arbeit

und weiß noch nicht einmal, wie Sie aussehen. (Das klingt unhöflich, bitte entschuldigen Sie, aber es ist meiner Unfähigkeit geschuldet, email Adressen mit Gesichtern zu verbinden. Dieses Malum kann aber auch etwas Positives haben: Es zählen die Argumente, es zählt das Zuhören und Mitdenken, nicht die Frage, wer wie aussieht oder welche Position bekleidet.) Auch wollten wir von Anfang an offen lassen, ob wir unseren Briefwechsel veröffentlichen werden, weil er ansonsten leicht als ein ‚öffentlicher Schlagabtausch‘ missverstanden werden könnte. Auch das will ich nicht. Ich entmachte Sie nicht, wir ermächtigen uns gegenseitig, auf Augenhöhe zu diskutieren (so wie das viele Kolleginnen und Kollegen, viele Studentinnen und Studenten an der Domäne tun, nach meinem Eindruck).

Ich spreche Ihnen also nicht ‚machtvoll‘ Diskriminierungserfahrungen ab, wie Sie schreiben, sondern ich argumentiere dafür, dass der diskursive Hinweis auf die eigene privilegierte Position, erstens keine Reaktion auf strukturelle Diskriminierung sein muss und zweitens einer dialektischen Struktur von Ohnmacht und Macht folgt, die vor allem als Machtinstrument innerhalb der Universität und der intellektuellen Elite genutzt werden kann. (Außerhalb dessen interessiert diese Form der Selbst-Anzeige eher wenige Menschen, was in meinen Überlegungen zu dem Buch „Poverty Safari“ weiter unten noch eine Rolle spielen wird.) Gegen diese Argumentation meinerseits wehren Sie sich und

argumentieren nicht minder machtvoll: Genauso soll es sein. Das ist Ihr Recht, das ist als Akademikerin fast schon Ihre Pflicht und Ihre diskursiven Fähigkeiten könnten sie zu einer (machtvollen?) Position innerhalb der Universität oder anderer Bildungs- und Kulturinstitutionen führen.

Ein Gespräch, wie wir es führen, ist also primär ein Ausdruck der diskursiven Macht, die wir beide als Teil der akademischen Klasse besitzen. Es scheint mir, dass Sie mir unterstellen, dass ich davon nichts weiß oder meine momentane Machtposition als Dekan (die in meinen Augen viel beschränkter ist, als viele Studierende das unterstellen) nicht reflektiere. Das könnte falscher nicht sein. Aber liegt die Lösung darin, dass Professoren und Professorinnen (noch dazu mit den entsprechenden identitären und sozialen Merkmalen ausgestattet) permanent auf ihre privilegierte Position diskursiv verweisen? Was wäre damit gewonnen? Und vor allem: Was wäre damit gewonnen, wenn diese Selbst-Reflexion nicht aus freien Stücken geschieht, sondern zwanghaft, wie an vielen Stellen im universitären Diskurs zu beobachten und von einigen Studierenden auf dem Fachbereichsbarometer gefordert?

Wenn ich als Dekan tatsächlich einen Anteil an institutioneller Macht besitze (der darüber hinaus geht, kleinteilige Hygienekonzepte zu befolgen, die mich an den Rand der Verzweiflung bringen), dann möchte ich sie immer dafür nutzen, dass Machtmissbrauch an der Universität verhindert und

wo dieser Missbrauch stattfindet, angezeigt wird (das ist die allgemeine Ebene, sie gilt für alle und alles). Machtmissbrauch (oder Diskriminierung, was nicht dasselbe ist) findet aber in meinen Augen nicht statt, wenn (um ein zweites Beispiel von Ihnen aufzugreifen), männliche Studierende in Seminaren länger und wichtiger reden, nach Seminaren male-bonding betreiben oder schneller Hiwi-Stellen bekommen. Das ist meistens nervend, meistens dumm und sowohl Dozierende als auch Studierende haben die dringliche Aufgabe, sich gemeinsam darum zu kümmern, dass alle die Chance haben, sich zu äußern, Hiwi-Stellen zu bekommen, Lektürevorschläge zu machen, Einspruch zu erheben (aber natürlich auch die Chance haben, sich ohne jede Erklärung nicht zu äußern, nichts zu wollen. Das ist die Freiheit, die ein Seminar von einer Schulstunde unterscheidet). Dieser männliche Habitus ist an viel zu vielen Stellen zu einer naturalisierten Struktur geworden – aber er wird meines Erachtens nicht durch eine Anti-Diskriminierungsstrategie gelöst. Ich wäre als Dozent nicht glücklich darüber, wenn wir Regeln schaffen würden, die das explizite Ziel haben, dass Männer weniger und Frauen mehr reden oder alle genau gleich oder sonstwie eine Regelung für diesen freien Raum zwischen uns zu schaffen. Für diesen Freiraum (für diese Momente der Freiheit, die wir immer erst herstellen müssen), sind wir alle selbstverantwortlich zuständig, das müssen wir als erwachsene Menschen in der betref-

fenden Situation lösen und sollten die Probleme, die sich dabei unweigerlich ergeben, nicht an ‚Strategien‘ oder Institutionen auslagern, wie es momentan vielfach geschieht.

Im Widerstand gegen diese kleinteiligen Formen der administrativen Verregelung (denn sie werden immer und zwangsläufig ausgelagert in Beschwerdestellen, Monitoring und andere Verwaltungseinheiten und führen damit unweigerlich zu einer Stärkung der administrativen Vorgaben gegenüber der Freiheit von Forschung und Lehre) sehe ich, wenn ich mich in meinem Bekannten- und Kolleginnenkreis umhöre, tatsächlich auch einen generationellen Gap wirken. Und auch wenn solch verallgemeinernde Aussagen über die Kultur jener oder dieser Generation immer diffizil sind und möglicherweise nur von den eigenen Unzulänglichkeiten ablenken: Es wundern sich viele mit mir über die Art und Weise, wie die gegenwärtige Generation nach festen Regeln und Vorgaben ruft und Freiheit scheinbar nicht mehr aushalten will (die Freiheit des Dissens zum Beispiel oder die Freiheit der Ungleichheit.¹) Aber ich tue Ihnen wahrscheinlich Unrecht; ich verstehe diese Verregelungssehnsucht biografisch nicht, weil meine spezifische Sozialisation noch auf die Unfreiheiten des Nationalsozialismus reagiert hat, die meine Eltern in ihrer Kindheit ertragen mussten, weswegen sie ihren Kindern wiederum eine neue Form der Freiheit ermöglichen wollten. Das kafkaeske Schloss einer universitären Beschwerdestelle (zum

Beispiel) ist mir deshalb höchst suspekt. Meine Angst vor Unfreiheit ist größer als meine Angst vor Ungleichheit.

Noch einmal zurück zu dem machtvollen Diskurs, den wir beide als Teil der privilegierten akademischen Klasse führen. Eine der erhellenden Lektüren der letzten Jahre war für mich das Buch „Poverty Safari: Understanding the Anger of Britain's Underclass“ des Schotten Darren McGarvey. Er entwickelt darin einen Begriff von „poverty stress“ als einer Mischung aus realer Armut, realer Machtlosigkeit, realer Gewalt und permanenter symbolischer Abwertung durch die gebildeten Schichten. Die ersten Punkte sind unstrittig und bekannt, nichtsdestotrotz durch seine autobiographischen Schilderungen (für mich) wieder greifbar geworden. Die symbolische Abwertung und Ausgrenzung durch die gebildeten Schichten macht McGarvey an zwei immer wiederkehrenden Beispielen konkret: Am Beispiel all der Aktivistinnen, Sozialarbeiterinnen und Theaterstudentinnen, die wohlmeinend durch sein kaputtes Suburb ziehen um ihre kulturpädagogischen Projekte zu veranstalten, die sie dann später in ihren CVs zu kulturellem Kapital machen können. (*Das*, so McGarvey, ist social mobility, *das* unterscheidet die Klassen – und das hat nichts mit ‚Klassismus‘ zu tun, diesem verniedlichten, verfälschten Begriff, der das nicht vorhandene Klassenbewusstsein der neuen Mitte ersetzen soll.) Und zweitens an der Art und Weise wie die Gebildeten sprechen, wenn sie die vorhandene Unge-

rechtigkeit benennen oder analysieren. Wenn er sich dabei Gedanken über Identity politics und Intersektionalität macht, dann schreibt er dazu aus der Perspektive desjenigen, der strukturell vom Erlernen der Unmengen an Theorien und sprachpolitischen Kleinstverfeinerungen ausgeschlossen wurde, wohl aber ihre Stoßrichtung sehr genau versteht:

„Activists will claim that words themselves are a form of violence, while also affording themselves the privilege of engaging in whatever activity they deem necessary in the pursuit of their objectives. Acts of intimidation, harassment and physical violence are seen as valiantly ‘punching up’. Every interaction is viewed through an intersectional lens and is, therefore, regarded as a power dynamic. [...] Ultimately, while holding everyone else to account, this [activist] culture is itself accountable to no one. [...] Though undeniably well-intentioned, this last vehicle to empowerment risks becoming yet another exclusive conversation about inclusivity, led by privileged groups, to the detriment of the people they claim to represent.”

Dieser kleine Ausschnitt zeigt gerade mal in Ansätzen die Schärfe seiner Beobachtungs- und Reflexionsfähigkeit, die sich durch das ganze Buch zieht. Er sieht, wie die Forderung nach (intersektionaler) Inklusion exkludierend und paternalisierend wirkt, er sieht, wie es weiterhin die gehobene Mittelklasse

ist, die von dieser Form des politischen Aktivismus profitiert (eben die dort vertretenen Mitglieder der minority groups) und er sieht vor allem, worauf die Formen der Sprach- und Identitätspolitik gerichtet sind: Auf den Machterhalt derer, die fähig sind, sie zu (be)nutzen. (Sie schreiben von Gramscis Begriff des „Alltagsverstands“: Hier wäre sein komplementärer Begriff des „gesunden Menschenverstandes“ einzubringen. Der gesunde Menschenverstand, als eine kritische Korrektur des hegemonialen Alltags, ist genauso bei denen beheimatet, die misstrauisch auf Begriffe wie Intersektionalität reagieren.)

Ich habe im bisherigen Verlauf unseres Briefwechsels bewusst darauf verzichtet, zu viele Zitate aneinander zu reihen. Es ging mir darum, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen; das impliziert für mich, dass ich das Konkrete vor das Abstrakte setze (deshalb auch die Frage nach Ihren konkreten Erfahrungen oder Beobachtungen diskriminierender Praktiken auf der Domäne.) Wir wollten, vielleicht haben wir das unterschiedlich ausgelegt, keine Seminararbeit schreiben, keinen theoretischen Text für eine Aufsatzsammlung, sondern uns schriftlich unterhalten. Deshalb zitiere ich McGarvey hier zum ersten Mal und habe bisher gänzlich darauf verzichtet, auf die zeitgenössischen Positionen einzugehen, die die aktuellen Formen der akademischen Identitätspolitik als eine Gefährdung allgemeiner demokratischer Rechte sehen. Nichts zu Robert Pfallers Thesen in „Erwachsenen-

sprache“, der poststrukturalistisch determinierte Identitätspolitik auf ihre neoliberalen Abgründe befragt. (Und der in seiner Analyse des Wahlsieges von Donald Trump Didier Eribons Gedanken zum Aufstieg des Front National in „Rückkehr nach Reims“ sehr nahe kommt). Nichts zu Barbara Vinkens nachdenklicher Befragung der Me-Too-Bewegung (bzw. einiger ihrer unausgesprochenen Implikationen). Nichts zu Guillaume Paoli, Kenan Malik, Nancy Fraser und vielen weiteren, die mit ihren Schriften die Kulturwissenschaften zu einer Reflexion darüber anhalten, dass durch die Ökonomie der cultural turns der Kultur- und Identitätsbegriff fälschlicherweise das genuin Politische ersetzt (und zersetzt). Es ist eben nicht alles Politik, lautet ihre Position verkürzt, und es ist somit immer eine (zeit-)ökonomische Entscheidung, mit welchen Missständen man sich (praktisch oder theoretisch) auseinandersetzt. In Darren McGarveys Worten: „Intersectionality in its current form, rather than an irritant to privilege, atomises society into competing political factions and undermines what really frightens powerful people: a well organised, educated and unified working class.“ Der Rekurs der letzten zwanzig Jahre auf den Begriff der Identität als politischer Machtbegriff in den Kulturwissenschaften (sowie ihre Akteure) trägt für mich alle Züge einer singularisierenden und atomisierenden Praxis, wie sie Andreas Reckwitz als Kennzeichen der neuen Mittelklasse beschreibt.

Vielleicht fängt unser Gespräch somit jetzt erst an; vielleicht hört es jetzt aber auch auf. Sie verweisen zu Recht auf Ihre Bachelor-Arbeit, die coronabedingt noch schwieriger zusammen zu halten ist, als es ohnehin schon der Fall sein wird. Ich bin Ihnen deshalb umso dankbarer, dass Sie dieses Gespräch angestoßen haben. Sie schreiben: „an der Domäne gibt es eine bestimmte Sprechweise, einen Duktus, an den man* sich zunächst einmal gewöhnen muss, der oftmals alles andere als niedrigschwellig ist. Daran muss gearbeitet werden“. Ich stimme Ihnen voll und ganz zu: Daran muss gearbeitet werden. Auch und gerade die Studierenden aus höheren Semestern, die sich diesem Duktus (und den damit praktizierten Ausgrenzungen) ausgesetzt sahen und ihn dann weitergeben, müssen meines Erachtens daran arbeiten. Gerade was den Studienanfang angeht, müssen wir uns viel mehr darum bemühen, dass wir keine leerlaufende Sprechweise performen, sondern Gespräche anbieten und Fragen öffnen. Das gilt nicht zuletzt für die Fragen und Differenzen, an denen wir uns in den letzten zwei Monaten, in diesem merkwürdigen ersten Online-Semester in der Geschichte des Fachbereichs, abgearbeitet haben. Das Entscheidende für mich ist dabei weiterhin nicht, ob die Domäne ein diskriminierungsfreier oder kein diskriminierungsfreier Ort ist (denn das können wir nicht entscheiden, die vielen anderen Blicke auf die Domäne ‚reden‘ mit). Das Entscheidende für eine Universität ist viel-

mehr, dass beides behauptet werden kann (ohne dass irgendjemand, Studierende oder Lehrende, Nachteile erleiden müssen) und dass beides weiter thematisiert wird.

Aber – und hier unterscheiden wir uns sicherlich erneut – wünsche ich mir diese Auseinandersetzung gerade nicht in einer Dauerschleife. Eine Freundin und Kollegin aus einer norwegischen Universität hat in einer erhitzten Debatte zu unserem Thema den Vorschlag gemacht, dass die hier verhandelten Fragen – Identitäts- und Sprachpolitik, Diskriminierung und Antidiskriminierung – immer wieder sehr intensiv beredet werden müssen (zwischen Lehrenden und Studierenden, zwischen Lehrenden und Lehrenden, zwischen Studierenden und Studierenden) und dann auch wieder eine Zeit lang gar nicht Thema sein sollten. Sie wollte darauf hinweisen, dass gerade dieser Diskurs eine machtvolle Dominanz entwickelt, weil er keine Nebenschauplätze duldet (ähnlich wie das ‚falsche Leben‘, das Adorno behauptet, in der Kulturindustrie gefunden zu haben). Er wird absolut. Stattdessen wäre mein Vorschlag, auch die berechtigte und notwendige Rede von der strukturellen Diskriminierung zu pluralisieren, bzw. als Teil der pluralen Meinungsbildung anzuerkennen. Ich gebe der von Ihnen zitierten Position von Kate Manne Recht, dass „eine verstärkte Selbstreflexion in den Seminaren Solidaritäten und Allianzen entwickeln“ kann. Unbedingt. Aber es gibt sehr viele Formen der Lehre – und viele Formen,

die auf andere Weise ermächtigen, Solidaritäten erzeugen und Allianzen schmieden. Ich plädiere für Vielfalt und Gewaltenteilung, die absoluten Grundbedingungen für ein demokratisches Miteinander. Und damit gegen verordnete Anti-Diskriminierungs-Workshops (aber für freiwillige, die das Dekanat in den letzten Jahren organisiert hat und auch weiterhin organisieren wird). Auch ein Seminar (unter vielen), in dem nicht über die Lektüreauswahl, nicht über strukturelle Diskriminierung und nicht über genderneutrale Sprache geredet wird, kann Studierende ermächtigen; nicht zuletzt dazu, *selbstständig* zu denken. Das scheint Ihnen vielleicht wenig angesichts der Konflikte, die wir gerade und schon immer beobachten müssen, aber für mich fängt damit trotzdem alle emanzipative Arbeit an.

Schließlich lehren und forschen, studieren und praktizieren wir an einem kulturwissenschaftlichen Fachbereich, der die ästhetische Praxis stark macht. Und die ist, in ihrer Funktion als Teilbereich der Gesellschaft, uneindeutig. Sie schafft Werke, Prozesse oder Positionen, in denen die vielfältigen und widerspruchsvollen Bedingungen für das Politisch-Sein (für das Sozial-Sein, für das In-der-Welt-Sein) sinnlich wahrgenommen werden können. Für eindeutige Positionen ist nicht die Kunst zuständig, sondern (zumindest in den liberalen Demokratien) politische Parteien oder entsprechende Interessengemeinschaften. Hier herrscht, buchstäblich, Eindeutigkeit. In der Kunst – oder in den erweiterten

Formen der ästhetischen Praxis – möchte ich gerade keine politische Auseinandersetzung im Freund-Feind-Schema Carl Schmitts führen, sondern vielmehr zur Entschärfung der momentanen politischen Polarisierung qua sinnlich-begrifflicher Reflexion beitragen. Keine politische Kunst, bitte, denn eine politische Kunst – im Nationalsozialismus wie auch im real existierenden Sozialismus existent – sehe ich dann verwirklicht, wenn Kunst Partei ergreift. Für was auch immer. Dann braucht Kunst auch keine Kritik mehr, keine kritische Rückmeldung, die über ihre politisch eindeutige Positionierung hinausgeht. „Politische Kunst“, so hat es Harry Lehmann im aktuellen *Merkur* formuliert, „muss man nicht interpretieren, sie ist immer schon ein Identitätsangebot, sich zu engagieren“. Das lehne ich ab, dafür steht die akademische Lehre und Forschung für mich nicht.

Wofür ich stehe, ist ein offener Dialog, der die vielfältigen und widersprüchlichen Positionen des Denkens wie der Kunst nicht nur anerkennt, sondern geradezu feiern möchte. Ich danke Ihnen, dass Sie einen solchen Dialog mit mir eingegangen sind.

Viele Grüße aus Hildesheim,

Stefan Krankenhagen

I Hier setze ich nun doch eine erste Anmerkung, denn sonst würde ich meine Endlosätze gar nicht mehr beenden. Es gibt einen historischen Unterschied, der im Moment sehr sichtbar wird, zwischen Gleichberechtigung und Gleichstellung (und der entsprechenden Verneinung dieser Konzepte). Gleichberechtigung ist ein klassisches Konzept der Moderne, das gleiche Voraussetzungen für alle verlangt (zu Bildung, zu Recht, etc.) aber dabei unterschiedliche Ergebnisse, also Ungleichheit positiviert. Ich könnte auch sagen: Das bürgerliche Konzept der Gleichberechtigung schafft Wettbewerb (anders als das ständische System, in dem keine Wettbewerbs-Gleichberechtigung herrscht). Gleichstellung dagegen verlangt und positiviert (meist staatlich-institutionelle) Interventionen, da wo die Gleichberechtigung von einzelnen sozialen Gruppen oder Minoritäten nicht greift. Gleichstellung, so notwendig sie an vielen Stellen ist, schafft immer auch eine Hierarchie im Feld unterrepräsentierter oder benachteiligter Gruppen und ist tendenziell gegen Wettbewerb und gegen Ungleichheit. Gleichstellung ist deshalb tendenziell ständisch organisiert (z. B. durch Quoten). Ich habe den Eindruck, auch an dieser Achse – ‚eher Gleichberechtigung oder eher Gleichstellung?‘ – verläuft eine Unterscheidung unserer Positionen.

16. Juni 2020

Lieber Herr Krankenhagen,

vielen Dank für Ihren Brief! Erst hatte ich überlegt, keinen weiteren mehr zu schreiben, Ihr letzter hat sich für mich doch sehr nach einem Abschiedsbrief angehört, nicht zuletzt, weil sicherlich auch meiner zuvor abschließende Momente implizierte. Nun dachte ich aber, dass es sich doch seltsam anfühlen würde, unseren Austausch damit enden zu lassen, ich gerne noch einen letzten Brief eigentlich ja: PDF-Dokument, aber Brief klingt besser, fühlt sich anders an, da tröpfelt fast ein wenig Tinte aus den Tasten beim Schreiben – an Sie senden würde.

Grund für diesen letzten Brief sehe ich vor allem in dem von Ihnen beschriebenen Eindruck, ich würde diesen Briefwechsel als potentiellen Machtkampf lesen. Auch ich habe das Gefühl, die Dynamik in unserem Austausch hat sich vor allem mit den letzten beiden Briefen geändert. Ich kann nicht leugnen, dass auch ich manchmal nicht weg kam von dem Gedanken eines intellektuellen Schlagabtauschs. Ich bin allerdings überrascht, dass Sie schreiben, dass eine Auslegung des Gesprächs als solchen, als Ringen um Deutungshoheit, auf die meinige Position zurückgeht. Nicht nur, weil Sie gleich zu Beginn auf Adorno, Horkheimer und Barthes referieren, damit einen bestimmten intellektuellen Kanon eröffnen, sondern vor allem, weil für mich

manche Ihrer Aussagen mit einer Bestimmtheit formuliert waren, durch die ich mich in eine Position versetzt sah, in der ich auf diese Bestimmtheit hinweisen, meine Meinung mit derselben Bestimmtheit formulieren wollte, in diesem Sprechakt dabei natürlich selbst wiederum eine machtvolle Position einnahm. Ich kann nicht einfach unkommentiert lassen, wenn Sie schreiben: „Sie haben keine Diskriminierungserfahrung gemacht [...]“. Diese Aussage ist für mich eine machtvolle. Jetzt, da Sie schreiben, dass Sie für oder gegen etwas *argumentieren*, fällt es mir leichter, Ihre Position als Position und nicht als Versuch einer Allgemeingültigkeit erhebenden Aussage zu sehen, impliziert das für mich eine andere Sprech- und damit auch andere Antworthaltung meinerseits.

Gerade weil Ihre Aussage, dass wir uns einig sind in der Beobachtung, der universitäre Raum müsse als ein von Diskriminierung betroffener betrachtet werden, die Diskussion um strukturelle Diskriminierung unbedingt weiter gehen, für mich in Ihren letzten Briefen sowie bei dem Barometer-Gespräch nicht so eindeutig ersichtlich war, fühlt es sich für mich ein wenig so an, als würden Sie damit sagen wollen, dass wir die ganze Zeit doch von einem Grundkonsens ausgegangen seien, als würde es mir nur darum gehen, irgendwo und irgendwie dagegen zu steuern. Das suggeriert für mich eine auf dieses Gegenverhalten reduzierte Position, die auf eine – und jetzt verweise ich doch noch einmal auf das Struk-

turelle, wir könnten auch sagen: im gesellschaftlichen Kontext Verankerte – historisch gesehen machtvollere Position antwortet und dabei immer automatisch auf das Dagegen oder hier: auf die Intention eines Machtkampfs, wie Sie schreiben, reduziert bleibt. Das ist nicht zuletzt wohl Teil des identitätspolitischen Diskurses, auch auf der Domäne.

Da es in unserem Gespräch um Diskriminierung geht, sprechen wir automatisch immer auch über Macht. Wir schilderten beide unsere Auslegungen des Machtbegriffs, zumindest des Diskriminierungsbegriffs. Ich frage Sie, was Sie darunter verstehen. Sie fragen mich, was ich darunter verstehe. Wenn Sie schreiben, ich habe keine Diskriminierung erfahren, wenn ich meinen Eindruck von Macht schildere, ist das für mich ein Ausdruck von Macht. Wenn ich meinen Eindruck Ihres Ausdrucks von Macht formuliere, formuliere ich hingegen wieder aus einer machtvollen, weil privilegierten Position heraus. Sie schreiben: „Wir sind Teil einer diskursiven Macht [...]“. Und: „Ich entmachte Sie nicht, wir ermächtigen uns gegenseitig [...]“. Sie wollten mich nicht entmachten, ich wollte dieses Gespräch nicht als Machtkampf betrachten. Das, was jetzt als letzter Tropfen aus den Tasten rinnt, ist für mich die Frage: welche Form sollte ein *empowerment* an der Domäne, über diesen Schriftwechsel hinaus, nun haben? Heißt: wer sollte dabei wen ermächtigen, vor allem: wie können wir über diesen diskursiven, sich als schriftlicher immer auch im Kreis drehenden

Austausch hinauskommen, zu Handlungsmöglichkeiten finden?

Eine Antwort auf strukturelle Diskriminierung ist für mich nicht ausschließlich das Verweisen auf die eigene Position. Das wäre zu einfach. Für mich ist die eigene Position aber Ausgangspunkt: nur durch die Markierung der Position kommen wir meiner Meinung nach über diese hinaus. Die Benennung dieser als selbstreflexiver Prozess kann dabei für mich kein zwanghafter sein. Sie beschreiben eine Forderung als *zwanghaft*, mit der einige der Studierenden darauf aufmerksam machen, die eigene Position und der ihr inhärenten Privilegien zu reflektieren. Selbst-Reflexion und zwanghaft schließen sich für mich aus, denn: sobald ich zwanghaft über mich selbst reflektiere, geht das *Selbst* des *Reflektierens* für mich verloren. Ich würde von einer Notwendigkeit sprechen, von einer Dringlichkeit dieser Selbst-Reflexion. Und ich meine an dieser Stelle an eine Sorge von Ihnen anknüpfen zu können: dass es bei der bloßen Äußerung bleibt, Selbstkritik zum Selbstzweck wird. Darin sehe auch ich ein Problem: bestimmte Positionen werden wieder so instrumentalisiert, dass sie ins Selbstbild der selbstkritisch Privilegierten passen, wobei immer auch auf einen bestimmten Inhalt, meist: Erfahrungsschatz oder Biografie, referiert werden soll.

Mit Selbstkritik meinte ich daher nie: dass alle dauerhaft nur auf ihre Position aufmerksam machen, ich meinte nicht: „administrative Verregelung“, von der Sie mit Sorge

schreiben. Ich glaube aber: dass es bestimmte Strategien gibt, mit der zur Selbstkritik angestoßen werden kann. Dazu gehören, als Beispiel für einen direkten Bezug zum universitären Kontext der Domäne, auch die Evaluierung der Redebeziehungen im Seminar, die Konzeption einer Seminarstunde durch Redner*innenliste und Handzeichen oder eine allgemein auf Sprechzeiten sensibilisierte Moderation. Auch: die Diskussion um die Fortschreibung von Begrifflichkeiten und das Voranstellen von *Trigger-Warnings*. Sie schreiben diesbezüglich von einer „Verreglungssehnsucht“ und „Unaushaltbarkeit von Freiheit“. Ihr Verweis auf die nationalsozialistische Vergangenheit in Verbindung mit identitätspolitischen Anliegen löst in mir großes Unbehagen aus, ich sehe die Bezeichnung der „Unfreiheiten des Nationalsozialismus“ als höchst problematisch und eine Reaktion auf diese noch längst nicht als abgeschlossen an, weder von Ihrer noch meiner Generation, bin der Meinung: ein solcher Prozess darf generell niemals als abgeschlossen gelten. Darüber hinaus denke ich nicht, dass Unfreiheit das ist, was bestimmte Strategien oder Konzepte, die Sie ansprechen, implizieren. Es geht mir nicht darum, dass wir genau und minutiös einteilen, wie lange Frauen und wie lange Männer sprechen, wie Sie es befürchten, es geht mir darum, ein grundlegendes Bewusstsein für Gesprächszeiten überhaupt zu schaffen: dafür können unter anderem bestimmte Gesprächsmodelle helfen, die Sprechzeiten

einteilen, die ein Gespräch erleichtern, in dem alle dieselbe Möglichkeit haben, sich zu äußern, sodass die Gesprächsmodelle selbst irgendwann gar nicht mehr benötigt werden. Denn: wer jetzt grade wie lange redet, hängt genauso von Regularien ab. Nur sind die eben nicht ganz so sichtbar wie das bestimmte Strategien sind, die diese Regularien wiederum sichtbar zu machen und zu verschieben versuchen. Das ist das gleiche wie die Sache mit der Position: alles ist Position, immer. Nur werden manche auf diese beschränkt, immer und immer wieder, die Position anderer hingegen wird in einer vermeintlichen Universalität nicht als solche markiert oder erkannt.

Ich würde im Hinblick auf den Generationenkonflikt, über den wir beide schreiben, daher behaupten: es ist keine gegenwärtige Generation, die „nach festen Regeln und Vorgaben ruft und Freiheit scheinbar nicht mehr aushalten will (die Freiheit des Dissens zum Beispiel) [...]“. Ich würde sagen: es ist eine Generation, die nach dem Abbau jahrhundertalter Regeln ruft und die Freiheit im Dissens sucht. „Für diesen Freiraum sind wir alle selbstverantwortlich zuständig [...]“ schreiben Sie mit Verweis auf den Gesprächsraum an der Universität. Ich denke: es braucht neue Konzepte zur Strukturierung dieses Raums. Es geht nicht um neue Regeln, es geht ums Aufdecken alter – der öffentliche Raum steht dafür mit Abriss sogenannter Denkmäler gerade beispielhaft.

Neue Konzepte für den universitären Raum können wir nicht zu zweit entwickeln. Mög-

lichkeiten zur Sichtbarmachung neuer Anstöße, Konzepte oder Positionen waren für mich in diesem Briefwechsel Zitate. Gerade, weil Sie am Anfang auf einen Kanon verweisen, siehe: Adorno, Barthes, Horkheimer, der für mich repräsentativ steht für einen, den es zu erweitern gilt, ist das Zitieren für mich immer auch ein Einschreiben und Erweitern eines Kanons. Sie schreiben, Sie hätten bewusst auf Zitate verzichtet, wollten das *Konkrete* vor das *Abstrakte* setzen. Mir hilft das *Abstrakte*, das *Konkrete* zu formulieren, gerade wenn ich aus einem Erfahrungshorizont heraus schreibe, in dem das Konkrete einerseits immer wieder abgesprochen (nicht zuletzt auch hier, in diesem Briefwechsel), der Zugang zum Abstrakten aber gleichzeitig oftmals verwehrt wird oder ausschließend wirkt. Quellen, die ich als eine Art Archiv sammle, geben mir eine Form von Sicherheit, die in einem patriarchal geprägten akademischen Umfeld als Frau schwerer zu erlangen ist. Mit Konkretem auf Absprechen von konkreten Erfahrungen zu reagieren ist auch eine wichtige Strategie, auch hier wieder: *private is political*, führt aber manchmal auch dazu, auf die Position des Konkreten reduziert zu bleiben – sich das Abstrakte anzueignen und umzuformieren, ist für mich deshalb zugleich Kritik an Kanon als auch der Versuch, auf die Begrenzung der eigenen Sichtweise hinzuweisen. Das, um hier weniger abstrakt zu bleiben, heißt: sich einem kanonisierten akademischen Corpus an Texten anzunähern, ein Archiv aus Texten zu-

sammenzustellen, die außerhalb dessen liegen oder bisher unentdeckt subversive Kräfte von Texten in diesem Kanon freizulegen.

Sie nennen einige Autor*innen, die Sie zitiert hätten. Beim Lesen muss ich gestehen: ich hätte große Lust, weiter über Texte oder Standpunkte dieser Autor*innen zu diskutieren, nochmals verstärkt auf theoretischer Ebene über Hierarchisierung von Kämpfen (ich denke: es kann nicht um Einteilung in Neben- und Hauptschauplatz gehen) und den Vorwurf des neoliberalistischen Moments hinsichtlich identitätspolitischer Anliegen (wo ich eher wieder ansetzen würde mit: wir müssen aufpassen, dass identitätspolitische Anliegen nicht zu sehr vom neoliberalen System in Branding-Strategien vereinnahmt werden) zu schreiben. Eigentlich dachte ich, dass wir in unserem Briefwechsel – jetzt sehe ich wirklich bereits dunkle Tintentropfen aus dem *B* fallen, wenn ich zu diesem Wort ansetze – noch viel stärker in die identitätspolitische Debatte einsteigen können, ich denke, es war aber wichtig, zunächst einmal über eine ganz grundlegende Unterschiedlichkeit der Definition des dieser Debatte zugrunde liegenden Begriffs der Diskriminierung zu sprechen. Es wäre sicher spannend, verstärkt in Seminaren die von Ihnen genannten Texte zu besprechen, in Gegenüberstellung zu anderen Positionen in eine Diskussion zu kommen.

Denn: ich finde nicht, dass dieser Diskurs ruhen darf, wie Sie schreiben. Das wurde lange genug gemacht, allein der Gedanke

ist für mich ein höchst privilegierter. Raum für selbstständiges Denken kommt für mich nicht, indem man* sich von bestimmten Diskursen einfach abwendet, im Gegenteil: indem man* sich ihnen zuwendet und annähert. Ich stimme den von Ihnen angeführten Bedenken anknüpfend an den von Ihnen zitierten Ausschnitt aus *Poverty Safari* zu, dass die Forderung nach Antidiskriminierung und Intersektionalität exkludierend und paternalisierend wirken können. Das hat für mich nicht zur Folge, die Forderung stillzulegen, sondern, im Gegenteil, nach pluralen Vorgehensweisen zu suchen. Erst kürzlich bin ich auf die Forschungsstelle *Leichte Sprache* hier in Hildesheim aufmerksam geworden – dass es auch einen Master in *Barrierefreier Kommunikation* gibt, habe ich dann auf deren Website herausgefunden. Unser Austausch hier ist alles andere als niedrigschwellig, wir kreisen gewissermaßen um uns selbst und reihen uns ein in ein intellektuelles Feld selbst-reflektierender *weißer* Akademiker*innen. Gerade weil wir, um mit Bourdieu zu sprechen, bestimmtes kulturelles Kapital besitzen, Zugang zu diesem hatten und haben, kann und muss in der Diskussion um Antidiskriminierungsarbeit, auch an der Domäne, die Frage nach barrierefreiem und niedrigschwelligem Zugang gestellt werden: das setzt eine nicht-hierarchische Bekämpfung jeglicher Diskriminierungsformen voraus.

Wir stimmen überein, wenn Sie schreiben, dass die ästhetische Praxis eine uneindeutige

bleiben soll. Dass der Begriff der politischen Kunst ein zwiespältiger ist, verstehe ich. Ich denke, man* kann gerade deshalb verstärkt auf eine Notwendigkeit des Politischen der Kunst hinweisen, das Politische dabei als eines verstehen, das, hier jetzt doch wieder weg von Bourdieu und dessen Feldtheorie, hin zu dem von mir im letzten Brief angeführten Begriff der *Politischen Kultur* im Kontext Radikaler Demokratie und Hegemonietheorie geht. Wir könnten uns an dieser Stelle vielleicht einigen auf: Kunst als gesellschaftsbezogene, als engagierte. Wissenschaft als Möglichkeit der Intervention, gerade in Überschneidung mit künstlicher Praxis. Kunst darf nicht als eine von einem gesellschaftlichen Kontext losgelöste betrachtet werden, gerade weil die Ambiguität des Begriffs einer politischen Kunst darauf beruht, dass ein solches Losgelöstsein immer wieder deklariert wurde. Oder, wie Sharon Dodua Otoo in der Klagenfurter Eröffnungsrede hinsichtlich des Begriff des *Dürfens* oder *Nicht-Dürfens* im Kontext einer sogenannten *Political Correctness* meint: „Literatur wird nicht ohne gesellschaftlichen Kontext geschrieben und auch nicht ohne einen solchen rezipiert. Selbstverständlich dürfen wir den Kontext vernachlässigen. Die interessantere Frage ist aber, warum wir das tun [...]“.¹

Politisch-Sein für Sie ist, wie Sie schreiben: „Konflikte nicht durch Eindeutigkeit zu lösen, sondern im Gespräch permanent offen zu halten [...]“. Ich denke, unser Austausch ist Teil eines solchen Offenhaltens eines Gesprächs,

hat nach einer längeren Pause, in der nach dem Barometer-Gespräch nicht mehr weiter diskutiert wurde, angesetzt und versucht, nochmals in schriftlicher Form die dort aufkommenden Gesprächspunkte aufzugreifen. Lassen Sie uns dieses Gespräch weiter offen halten: „vielleicht fängt unser Gespräch somit jetzt erst an; vielleicht hört es jetzt aber auch auf [...]“, schreiben Sie an anderer Stelle. Ich würde sagen: unser beider Gespräch hört auf, ein darüber hinausgehendes fängt erst an. Es kann nicht bei unser beider Stimmen bleiben, wenn es um Formen des *empowerments* geht, wenn Solidaritäten erzeugt und Allianzen geschmiedet werden sollen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle für den bisherigen Dialog. Ich glaube, es lässt sich an diesen auf unterschiedliche Weise anknüpfen, ich hoffe, er kann Ausgangspunkt für viele weitere Argumentationen sein. Deshalb würde ich hier, zu guter Letzt, dafür plädieren: lassen Sie uns den Dialog öffnen für andere Mitarbeitende, Studierende und Dozierende! Als weiterer schriftlicher Austausch, als Panel, als Seminar – ich denke, die Formen und Möglichkeiten sind vielfältige, gerade an der Domäne. Vielleicht sehen andere Studierende, Dozierende oder Mitarbeitende der Universität in unserem Dialog eine Grundlage, um von eigener wissenschaftlich-künstlerischer Arbeit oder Ansätzen, von eigener Seminarkonzeption zu sprechen, vielleicht können Konzepte und Ideen für gezieltere Impuls- und Kooperationsmöglichkeiten,

nicht zuletzt mit klimaaktivistischen Initiativen, entstehen. Die Liste (hier unvollständig) bereits bestehender, direkt an der Universität angesiedelter oder hier gegründeter Initiativen, Stellen und Gruppen wie *Awareness*hil-desheim*, *Hi*Queer*, die BIPOC-Hochschulgruppe, das *artemis*-Kollektiv, das *.divers*-Magazin, Festivals wie das *State Of The Art*, *PROSANOVA*, der *Schredder* oder *transeuropa fluid*, die Beschwerdestelle in ihrer externen Position sowie professionalisierte Angebote von Studierenden zur entgeltlichen politischen Bildungsarbeit in Workshops und Webinaren, zeigt die Vielfältigkeit der Beschäftigung mit Antidiskriminierungsarbeit. Damit wird vor allem auch deutlich: diese müssen gehört werden, gefördert werden in dem Maße, in dem dies die einzelnen Gruppen selbst fordern, es muss damit weiterhin über die diesem und dem Barometer-Gespräch vorausgehenden Antidiskriminierungsrichtlinien für künstlerische Arbeit gesprochen werden, vor allem aber: es müssen weitere konkrete Maßnahmen zur Antidiskriminierungsarbeit gefasst werden, in gemeinsamer Absprache mit eben genannten Verbänden und Instanzen.

Ich verabschiede mich an dieser Stelle, offiziell und mit einem Tropfen Tinte am Finger. Ich danke Ihnen für den Austausch und hoffe, wir können das Gespräch ausgehend von den herausgearbeiteten Momenten der Übereinstimmung, vor allem aber von jenen des Dissens fortführen, im Kontext neuer Debatten ausweiten und damit, so wie es die diesem

Briefwechsel zugrunde liegende Veranstaltung bereits im Namen trägt: den Fachbereich ständig neu vermessen.

Herzliche Grüße

Leonie Lorena Wyss

-
- 1 Otoo, S.: *Dürfen Schwarze Blumen Malen? Klagenfurter Rede zu Literatur 2020*, Verlag Johannes Heyn, Klagenfurt/Celovec, 2020, S. 16 (abrufbar unter: https://files.orf.at/vietnam2/files/bachmannpreis/202022/otoo_klagenfurter_rede2020_ansicht4_752860.pdf [letzter Zugriff 18.06.2020])

14. Juli 2020

Liebe Leonie Lorena Wyss,
lieber Stefan Krankenhagen,

ich habe sofort zugesagt, mich in Ihren Briefwechsel mit einem Brief einzuklinken, weil ich nach dem Fachbereichsbarometer im November 2019 zwei gegenläufige Tendenzen verspürt habe: Rückzug ins eigene Institut, Ausklinken aus dem fachbereichsweiten Diskurs auf der einen Seite – Suche nach weiteren Formen für die Fortsetzung des fachbereichsweiten Gesprächs auf der anderen Seite. Wie der alte Esel, vor dem rechts und links zwei gleich interessante Heuhaufen stehen und der sich nicht entscheiden kann und deshalb verhungert, habe ich bis vor Kurzem beides nicht getan: einfach Unentschiedenheit, wie weiter? Das Lesen Ihres Briefwechsels und das Nachdenken darüber helfen mir, wieder anzuschließen. Danke für die Einladung dazu.

Ich möchte in diesem Brief die beiden Heuhaufen beschreiben, um zu erklären, warum ich mich nicht entscheiden konnte. Dabei werde ich mich auf den Briefwechsel beziehen, der bei mir die beiden Heuhaufen hat sehr lebendig werden lassen. Ich konnte beim Lesen mal auf diesen, mal auf jenen eine Handvoll Heu werfen. Und ich konnte sie durch die Lektüre benennen, die beiden Heuhaufen. Der erste heißt *Erdrutsch und Wut* und der zweite heißt *Rückbesinnung auf die akademische Kraft, Begriffe zu (er-)finden und dicht zu beschreiben*.

Erdrutsch und Wut

In gewisser Weise war das Fachbereichsbarometer für mich ein kleiner Erdrutsch. Ich bin eine der Organisatorinnen des Barometers und ich fragte mich nachher: Willst Du so etwas je wieder tun? Klare Antwort: Nein! So viel Aufwand dafür, dass sich für mich eine unverständliche Wut entladen hat, eine Lust zu einer für mich fast paradoxen Anklage der Art: „*Ihr seid doch alle weiß, was wollt Ihr uns schon sagen!*“ rufen die weißen Studierenden anklagend.“ Ich war so überrascht und handlungsunfähig, dass ich als Moderatorin des Abschlussgesprächs völlig versagt habe, nur noch dachte: „Halt durch, nimm die, die sich melden einfach dran, Kommentare, Fragen fallen Dir gerade eh nicht ein, das Ganze geht schon bald vorbei.“ Es ist ein Erdrutsch passiert in Bezug auf meine Überzeugung, dass das Initiieren von öffentlichen Gesprächen zu solchen Themen sinnvoll ist. Ich bin an eine Grenze meiner Verständigungsorientierung gelangt.

Der Erdrutschcharakter wurde dadurch verstärkt, dass rund um das Fachbereichsbarometer zwei Veranstaltungen stattfanden, die vom Institut für Philosophie, zu dem ich gehöre, organisiert wurden. Die erste war die Vortragsreihe über das ganze Wintersemester 2019/20: *Arabische Philosophinnen der Gegenwart*¹ und die zweite die Buchvorstellung „Feministische Theorie aus Afrika, Asien und Lateinamerika“ durch zwei der Autorinnen Anke Graness und Martina Kopf am 12.11.2019².

Es ging in der Ringvorlesung Donnerstag für Donnerstag um die Fragen, über die auf der Domäne gemäß der Anklage so wenig Bewusstsein bei den Lehrenden bestehe. Donnerstag für Donnerstag sprachen nicht-weiße Frauen aus der arabischen Welt. Warum saßen wir ab Mitte des Semesters nur noch mit ca. 15–20 Leuten da? Warum wurde die Chance, mit nicht-weißen Frauen über Fragen nach Diskriminierung, Privilegien, Unrechtserfahrungen, Theorien, die hilfreich sind und solchen, die es nicht sind, zu diskutieren, nicht breit genutzt? Was soll all dieses Bekennen zum eigenen *Weißsein* und *Privilegiertsein*, wenn Chancen der Diskussion nicht interessieren? Reicht es, Formeln zu bemühen, um jemanden anklagen zu können? Waren die eingeladenen Rednerinnen doch nicht so interessant, weil sie nicht aus dem US-amerikanischen Diskurs über *critical whiteness* kamen? War es zu anstrengend mit drei Sprachen umzugehen (deutsch, französisch, arabisch) anstatt mit der Sprache der Macht, dem Englischen?

– Ich muss aufpassen, dass meine Wut über die Wut, die mich auf dem Fachbereichsbarometer überfahren hat, nicht zu sehr aufflammt und ich mich hineindrehe in den für mich unverständlichen und unakzeptablen Widerspruch, die Lehrenden als uninformiert und schulungsbedürftig zu beurteilen und die Orte der kontroversen Diskussion, des Ringens um ein Umgehen mit der kolonialen Vergangenheit Europas und den Konsequenzen für akademisches Theoretisieren nicht auf-

zusuchen. – Und deshalb wende ich mich jetzt von diesem Heuhaufen ab. Ich glaube, es ist klar geworden, wie dieses Heu schmeckt.

*Rückbesinnung auf die akademische Kraft,
Begriffe zu (er-)finden und dicht zu beschreiben*

Der andere Impuls nach dem Fachbereichsbarometer bestand darin, nach anderen Formen der fachbereichsweiten gemeinsamen akademischen Diskussion zu suchen, um über Formeln und Anklagen hinauszukommen und stattdessen Beschreibungen auszutauschen und die Angemessenheit von Begriffen zu erwägen. Ein Format wie das Fachbereichsbarometer ist dafür ungeeignet, das steht für mich fest. Die Gespräche der Reihe „Kultur der Selbstkritik“³ wurden nicht mehr besucht und haben sich deshalb auch als ungeeignet erwiesen – wie also könnte so ein Format aussehen? Mir ist nichts eingefallen bisher, die Starre vor den beiden Heuhaufen hat das nicht ermöglicht. Nun sind der Briefwechsel und dessen Öffnung eine solche Form und ich bin Ihnen, Frau Wyss, wirklich sehr dankbar für Ihre Idee, einen solchen Briefwechsel zu initiieren.

Ich möchte mich in Ihr Gespräch über den Begriff „Diskriminierung“ einschalten und dies mit einer kleinen Erinnerung beginnen. An der Universität Marburg habe ich zusammen mit einer Vertreterin der Fachschaft Philosophie und einem Kollegen 2013 einen Gesprächskreis ins Leben gerufen mit dem Namen: *Arbeitskreis Diskriminierung*. Anlass

waren Beschwerden von Studierenden, dass sich Lehrende in Seminaren diskriminierend geäußert hätten. Der Arbeitskreis war mit allen sogenannten Statusgruppen (Studierende, Mitarbeiter*innen der Sekretariate, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, Professor*innen) besetzt und wir haben über jede unserer Sitzungen ein Protokoll angefertigt. In einer der ersten Sitzungen ging es um das Problem, einen zu weiten Begriff der Diskriminierung zu verwenden, der gar keine Trennschärfe mehr habe. Jemandem diskriminierende Äußerungen vorzuwerfen, ist ein starker Vorwurf, dessen Berechtigung diskutierbar sein muss. So haben wir uns bemüht, dem Begriff auch mit Blick auf die konkreten Vorwürfe eine Trennschärfe zu geben, um damit berechnete von unberechneten Vorwürfen differenzieren zu können. Ich zitiere aus dem Protokoll des Arbeitskreises: „Ein Beitrag zur Klärung des Begriffs ‚Diskriminierung‘ war die Unterscheidung von Situationen, in denen Diskriminierung vorliegt, und solchen Situationen, wo man zwar von einer ‚schlechten Behandlung‘ sprechen kann, aber noch nicht von Diskriminierung. Ein Arbeitsvorschlag für die Abgrenzung von Diskriminierung gegenüber schlechter Behandlung, persönlicher Verletzung, Antipathie, weltanschaulichen Differenzen oder einfach Meinungsverschiedenheiten war der folgende: Diskriminierung ist eine ungerechtfertigte Verurteilung aufgrund eines Merkmals, das in der Situation keine Rolle spielen sollte.“

Wenn ich diese Bestimmung des Begriffs heute lese, dann ist meine erste Reaktion: Diese Bestimmung ist unzutreffend, sie ist zu eng, sie lässt zu viel, was als diskriminierend bezeichnet werden muss, unberücksichtigt. Und ich dachte dabei an Beispiele, wie die von Ihnen genannten, Frau Wyss, an männliche Rededominanz zum Beispiel oder auch an Gewohnheiten in der Verteilung von Aufmerksamkeit, an automatische Autoritätszuschreibungen. Dann wanderten meine Gedanken zurück zu den Diskussionen im Arbeitskreis damals, an die Argumente für einen engeren Begriff. Dies führte zu der Frage, wie ich reagieren würde, wenn mir von Studierenden der Vorwurf gemacht würde: „Du hast in Deiner Vorlesung über die philosophischen Konzeptionen von Erfahrung mehrheitlich mit männlichen Autoren gearbeitet, das ist diskriminierend.“ Ich würde den Vorwurf zurückweisen und anders wenden. Ich würde zurückweisen, dass dies diskriminierend sei. Aber ich würde sehr wohl zugestehen, dass es ein Ausdruck von symbolischer, und das heißt auch struktureller Gewalt ist. Eine symbolische strukturelle Gewalt, die ich ausübe und unter der ich leide. Ich nehme den Begriff *symbolische Gewalt* oder *symbolische Herrschaft* von Pierre Bourdieu auf und zitiere hier ein kleines Stück zur Erläuterung aus dem Text *Die männliche Herrschaft*: „Ihre Wirkung entfaltet die symbolische Herrschaft (sei es die einer Ethnie, des Geschlechts, der Kultur, der Sprache usw.) nicht in der reinen Logik des erkennenden Bewusstseins,

sondern durch die Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Handlungsschemata, die für die Habitus konstitutiv sind und die diesseits von Willenskontrolle und bewusster Entscheidung eine sich selbst zutiefst dunkle Erkenntnisbeziehung begründen.“⁴

Ich gebe Ihnen Recht, Frau Wyss, dass die Ebene der Struktur und deren Wirksamkeit von immenser Bedeutung sind und es weiterhin großer praktischer und theoretischer Anstrengung bedarf, diese zu bemerken, zu analysieren und zu beschreiben. Es braucht noch größere Anstrengungen, diese symbolisch gewaltvollen Strukturen, die wir so schlecht bemerken, weil sie unsichtbar geworden sind, zu verändern.

In vielen neueren Publikationen wird von struktureller oder auch indirekter institutioneller Diskriminierung gesprochen und darunter wird oft „die gesamte Bandbreite institutioneller Vorkehrungen, Regeln und Praktiken verstanden, die ohne Vorurteil oder negative Absicht verankert und umgesetzt werden – die aber Angehörige bestimmter Gruppen überproportional negativ treffen können.“⁵ „Ohne Vorurteil oder negative Absicht“ – und dennoch diskriminierend. Ich finde, dass Veranstaltungen wie das Fachbereichsbarometer eine der Problematiken zeigen, das gleiche Wort für zwei Arten von Ungerechtigkeiten zu verwenden, nämlich zum einen für Ungerechtigkeiten und Ausschlüsse, die jemandem individuell zugerechnet werden können und für solche Ungerechtigkei-

ten und Ausschlüsse, die jemand als Teil einer Gesellschaft ausübt, in der asymmetrische Machtstrukturen überall wirksam sind.

Deshalb plädiere ich dafür, mit zwei Begriffen zu arbeiten, dem der symbolischen Gewalt und dem der Diskriminierung. Symbolische Gewalt gibt den Rahmen, den Boden für Diskriminierungen, so würde ich das Verhältnis im Moment bestimmen. Und in diesem Sinne kann und muss mir gesagt werden: „Du hast in Deiner Vorlesung über die philosophischen Konzeptionen von Erfahrung mehrheitlich mit männlichen Autoren gearbeitet, damit übst Du symbolische Gewalt aus.“ Und ich muss antworten: „Ja, und mir bleibt nichts anderes übrig, als inmitten der Allgegenwart symbolischer Gewalt einige wenige Versuche zu machen, diese gegen sich selbst zu wenden. Und bei diesen Versuchen sitzen wir, die wir Vorlesungen halten und Ihr, die Ihr Vorlesungen hört, in einem Boot. Auf verschiedenen Plätzen, von denen aus wir Verschiedenes sehen. Unsere Gesprächsgrundlagen sind deshalb diese Gemeinsamkeit wie diese Verschiedenheit gleichermaßen. Nicht mehr und nicht weniger.“

– Auch hier muss ich wieder aufpassen, mich nicht gefangen nehmen zu lassen und auszuholen und weiter und weiter zu schreiben über symbolische Gewalt und die Rolle des Körpers und mein derzeitiges Lieblingskonzept des Unbehagens und dabei in einen belehrenden Vorlesungsstil zu verfallen. Und deshalb wende ich mich jetzt auch von diesem

zweiten Heuhaufen ab. Ich hoffe, es ist auch hier klar geworden, wie dieses Heu schmeckt.

Ich glaube, das Problem des alten Esels hat sich im Verlauf des Schreibens gelöst, es ist der zweite Heuhaufen, auf den ich mich zu bewegen will.

In diesem Sinne freue ich mich auf die nächste Stimme in diesem mehrstimmigen Briefwechsel!

Mit herzlichen Grüßen

Katrin Wille

-
- 1 Organisiert von Sarhan Dhouib in Zusammenarbeit mit Rolf Elberfeld, vgl. <https://www.uni-hildesheim.de/histories-of-philosophy/aktuelles/detailansicht/artikel/vortragsreihe-11/>.
 - 2 Eine Veranstaltung des Arbeitskreises Feministische Kritik, vgl. <https://www.uni-hildesheim.de/fb2/institute/philosophie/forschung-und-promotion/arbeitskreis-feministische-kritik/>
 - 3 Angesiedelt am Institut für Philosophie und in gewisser Hinsicht ein Vorläufer des „Fachbereichsbarometers“.
 - 4 Pierre Bourdieu: *Die männliche Herrschaft* (übers. v. Jürgen Bolder), Frankfurt/M. 2005, S. 70.
 - 5 Mechtild Gomolla: „Direkte und indirekte, institutionelle und strukturelle Diskriminierung“, in: Scherr A., El-Mafaalani A., Yüksel G. (Hg.): *Handbuch Diskriminierung*, Wiesbaden 2017, S. 146.

Fachbereichsbarometer
(Mittwoch, 20. November 2019)

Begrüßung durch Katrin Wille

Liebe Studierende, liebe Lehrende,

herzlich Willkommen zum „Fachbereichsbarometer“. Das Fachbereichsbarometer ist ein Experiment. Hinter dem Experiment steht die Überzeugung, dass es für jede Institution, in der Menschen zusammenarbeiten, Räume des gemeinsamen Nachdenkens über das Wie des Miteinanders braucht. Und zwar braucht es Räume, die aus eigener Anstrengung der Beteiligten entstehen und die nicht managerial verordnet sind, wie dies in unseren Tagen oft sogenannte „Organisationsentwicklungen“ oder „Personalentwicklungen“ sind.

Der Anlass für die Schaffung solcher Räume sind oft aktuelle Konflikte. Die gab es und gibt es in unserem Fachbereich. Ich meine aber, dass es solche Räume nicht nur braucht, wenn es brennt und nicht nur braucht, um irgendwie Löschmaßnahmen zu finden. Ich meine, dass es solche Räume braucht, um über strukturelle Konflikte nachzudenken und die Erfahrungen, die die Beteiligten damit haben. Was sind diese strukturellen Konflikte zwischen den Beteiligten, bei uns: Zwischen Studierenden und Lehrenden, unter Studierenden, unter Lehrenden und zwischen den Instituten oder deren Institutskulturen?

Wie können wir mit ihnen umgehen ohne sie zu leugnen und zu vertuschen im Sinne von: *Wir haben doch eigentlich die gleichen Interessen, wir verstehen uns doch eigentlich?*

Und wie können wir mit ihnen umgehen ohne sie zu Fronten der Verständigungslosigkeit zu machen, ohne den anderen primär zu verdächtigen und anzuklagen und daraus Beziehungen der Verdächtigung und Anklage zu gestalten?

Das Fachbereichsbarometer ist ein Experiment, einen Raum des Nachdenkens für unsere Erfahrungen mit diesen strukturellen Konflikten zu schaffen.

Das Fachbereichsbarometer hat eine kleine Geschichte immerhin von 2 Jahren. Denn es gab ein Experiment, das dem vorausging. Ende des Sommersemesters 2017 gründete sich der Gesprächskreis „Kultur der Selbstkritik“, von meiner Kollegin Antje Géra und mir ins Leben gerufen und von Anfang an und kontinuierlich unterstützt durch Julia Speckmann. Der Gesprächskreis gab sich eine Form: Es ging um einen Raum für selbstkritisches Nachdenken über unser Miteinander hier mit seinen strukturellen Konflikten, deshalb der Name. Die Idee war, dass Studierende und Lehrende daran teilnehmen sollten. Und die Idee war, dass optimaler Weise aus allen Instituten eine Vertreterin der Studierenden und Lehrenden anwesend sein sollten. Nun, das haben wir nie vollständig geschafft, es gab in lückenhafter Besetzung mehrere Gesprächstermine von denen einige sehr frucht-

bar waren, wie ich finde. Um das Ideal dieser vollständigen Besetzung zu realisieren, war aber ein derartig hoher Aufwand an Koordination nötig, dass dem Kreis die Luft ausging. Zum letzten Gesprächstermin erschienen davon recht erschöpft auch nur sehr wenige und Julia Speckmann und ich beschlossen die Auflösung dieses Kreises. Zu diesem letzten Termin war ein Gast eingeladen, Wilma Raabe, Vertreterin der Ideen- und Beschwerdestelle der Universität Hildesheim. Ich muss ehrlich sagen, dass ich ihr erst sehr skeptisch begegnet bin, weil ich eine gewisse Gefahr witterte bei der verordneten und nicht selbstorganisierten Beschwerdekultur. Unser Gespräch war dann aber derart fruchtbar und es entstand die Idee zu einem neuen Experiment, einen offenen Raum für Studierende und Lehrende zu schaffen, der selbstorganisiert von unserem Fachbereich initiiert wird und in den Wilma Raabe eingeladen wird. Denn sie ermöglicht uns, so wurde mir im Gespräch klar, einen Blick von außen, der uns hilft, unsere strukturellen Konflikte besser erkennen zu können und unsere Erfahrungen mit diesen Konflikten besser besprechbar zu machen.

Deshalb wird sie nach Julias und meinem Auftakt den Anfang machen.

Im Zentrum stehen aber wir im Fachbereich 2 und so haben wir zwei Impulstandems aus unseren Reihen eingeladen, um uns zu den Themen *Umgang mit Konflikten* und *Umgang mit Feedback* aus der Perspektive der Studierenden und der Lehrenden Impulse zu ge-

ben. Diese Impulse haben die Funktion, erste Stimmen dazu zu hören, die das Gespräch eröffnen. Wir danken ganz herzlich allen vieren, Anthonie Partheil und Annette Pehnt, Sonja Schütte und Stefan Krankenhagen, die diese Aufgabe übernommen haben.

Erst nach all diesen Impulsen kommt die Zeit der Beteiligung aller. Wir wollen in kleinen Gesprächsgruppen unsere Erfahrungen zu den Themen *Umgang mit Konflikten* und *Feedback* austauschen, vielleicht Anregungen und Verbesserungsvorschläge finden. Um dies dann wieder in die große Runde zurückzuspielen, schließen wir mit einer Fish-bowl-Diskussion, an der die Impulsgeber_innen und alle anderen beteiligt sein können.

Ich möchte meine Einleitung mit einer Bemerkung zu meinem Beweggrund, mich für diese Räume der Selbstverständigung einzusetzen, schließen. Mein Beweggrund dafür ist ein feministischer und mir ist es wichtig, Räume zu schaffen, in denen die Kategorie Geschlecht da mitreflektiert werden kann, wo sie vielleicht keine Rolle zu spielen scheint und da weggelassen werden kann, wo sie übergroße Bedeutung hat.

Das ergänzt sich wunderbar mit Julia Speckmanns Beweggrund, an die ich jetzt das Wort übergebe.

Begrüßung durch Julia Speckmann

Auch von mir ein herzliches Willkommen zu diesem Experiment! Auch ich freue mich sehr, dass wir uns heute hier in dieser Konstellation zusammengefunden haben!

Ich schließe mich den einführenden Worten von dir, liebe Katrin, an und möchte an dieser Stelle tatsächlich nur kurz meinen eigenen Beweggrund und meine Gedanken für und wider dieses Vorhaben ergänzen.

Warum ich diese Form des Austausches für angebracht halte, ist in meiner Auseinandersetzung mit rassismuskritischer Lehre und Kulturarbeit begründet – ein Thema, das vor circa drei Jahren auf Anfrage von zwei Studierenden aufkam und bei mir und einer ehemaligen Kollegin am Institut für Kulturpolitik, Nina Stoffers, andockte, woraufhin wir zunächst einen entsprechenden Workshop für Lehrende planten und ich bis heute auch Lehraufträge für Studierende dazu organisiere.

Mit diesem spezifischen Interesse im Hinterkopf gelangte ich an Katrin und Antje und befand es ebenfalls für wichtig, den Rahmen weiter aufzumachen und uns mit Kommunikationsstrukturen und Diskriminierungsfallstricken im weitesten Sinne auseinanderzusetzen. Was dann folgte, hat Katrin eben beschrieben.

Parallel zu dieser Entwicklung habe ich immer mal wieder auch gezweifelt: In einem Moment befand ich diese Sensibilität und den Austausch bis ins kleinste Detail – wie z.B.

die Frage: „Wer von uns Lehrenden antwortet nach wie langer Zeit auf welche studentische Mail in welchem Ton und mit welcher Anrede“ – genau richtig, in anderen Momenten überkam mich die Sorge, dass wir unsere Inhalte darüber ganz vergessen und uns viel zu sehr mit den Strukturen beschäftigen. Kurz hatte ich auch Angst, dass wir – klischeehaft gesprochen – zu pädagogisch, geradezu pädagogisierend, daherkommen.

Aber dann merkte ich, dass, wenn die Frage im Vordergrund steht, wie wir hier gemeinsam arbeiten wollen, diese Themen und Auseinandersetzungen unausweichlich sind. Denn: Ich möchte einfach nicht an einem Ort arbeiten, wo Menschen das Gefühl haben, sich nicht einbringen zu können, wo sich manche nicht an Diskussionen beteiligen, weil sie Angst haben, nicht das richtige Vokabular zu beherrschen. An einem Ort, an dem Nachbesprechungen von Performances in den Kommentarspalten auf Facebook stattfinden, statt vor Ort und live und wo sich die Performerinnen und Performer infolge erst einmal ein paar Wochen nicht mehr auf die Domäne trauen.

Das alles möchte ich nicht!

Viel zu wertvoll ist dieser Ort und sind diese Gelegenheiten hier, um sich nicht darum zu kümmern, um die strukturellen Konflikte nicht anzugehen und ins gemeinsame Gespräch zu gehen.“

Universitäten rücken in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus einer intensiven gesellschaftlichen Debatte, die danach fragt, inwieweit die Produktion des Wissens Teil des kolonialen Erbes Europas ist, wie diskriminierenden Strukturen innerhalb der Institution entgegen gewirkt werden kann und welche Interventionen es braucht, um für mehr Diversität und Inklusion zu sorgen.

Die Diskussionen werden an vielen Stellen mit solch einer Intensität geführt, dass sie selbst spalten, anstatt in einen Dialog der Argumente zu münden. Diese Beobachtung, und die plötzliche Stille im Corona-Sommer 2020, haben eine Studentin und ein Professor der Kulturwissenschaften an der Universität Hildesheim zu einem Briefwechsel veranlasst: Ein Versuch, sich zuzuhören und sich einig zu werden, über die Positionen, die verbinden und die trennen.

ISBN 978-3-96424-034-7



9 783964 240347